

Mock meldet EG: Ostmark ausländerfrei

Visumpflicht und weitere Verschärfungen in der Asylpolitik

Löschnak & Co. faseln von "liberaler Asylpolitik", "den Schleppern das Handwerk legen" und ähnlichem Unsinn, aber die Realität des Umgangs mit Flüchtlingen wird zunehmend bru-

taler: Während in Traiskirchen 20 türkische Staatsbürger in Hungerstreik treten, sind in Salzburg 25 KurdInnen und TürkInnen in Schubhaft.

Fortsetzung Seite 2

Außerdem: »Schluß mit dem faulen Frieden«

Vorbereitungen zur Opernballdemo laufen auf Hochtouren STOP Ausstellung über Aktionsformen aus der Spaßguerilla und von überhaupt zum Selbermachen zieht durch Österreich STOP ausführlicher Opernball-Kalender im TATblatt-extra:

OPERNBALL '90

ab Seite 11!

El Salvador:
Keine Ruhe nach dem Sturm

Seite 4

Mietrechtsgesetzesänderungen

Seite 8

STEIN:
Haus der Tränen

Seite 25

u.v.a.

Impressum Seite 28



sog. »Initiative Neue Linke« fordert: Zwangstätowierung für HIV-Positive

Bei einer Podiumsdiskussion am 17. Jänner in Wien trat die »Initiative Neue Linke« einmal mehr für die Zwangstätowierung von HIV-Positiven ein. Das ist nichts Neues für diese Initiative. Wir begaben uns auf die Spuren dieser Neuen »Linken« und fanden uns unversehens mit ultrarechten Texten und Anbiederungen an REP-WählerInnen in der BRD konfrontiert. Mehr über die Geschichte, die ideologischen Wurzeln und die Strategien dieser Initiative ab Seite 19.

HUNGERSTREIK IN TRAIKIRCHEN

20 türkischen Staatsbürgern, uU. teilweise Kurden, die im Flüchtlingslager Traiskirchen um Asyl ansuchen wollten, wurde dort die Aufnahme verweigert. Um dagegen zu protestieren, sind die Flüchtlin-

ge in Hungerstreik getreten. Sie haben derzeit in der Traiskirchener evangelischen Pfarre Zuflucht gefunden.

Dieser verzweifelte Protest ist aber nur die Spitze eines Eisberges an Repression und Menschenverachtung, mit der sich Flüchtlinge in Österreich konfrontiert

sehen. Eine weitere Welle der Verschärfung wurde mit dem Jahrzehntwechsel durchgezogen.

VISUMPFlicht, "EINGESCHRÄNKTES ASYL", AUFNAHMESTOP

Unter dem Motto "Das Boot ist voll" wurde in der dritten Jännerwoche die Visumpflicht für türkische StaatsbürgerInnen eingeführt — angeblich, um "im Kampf gegen das Schlepperunwesen ernst zu machen" (AZ). Außerdem sehe sich das Innenministerium mit einem dramatischen Ansteigen der Asylanträge konfrontiert, von 1986 bis 1989 sei die Zahl von 11.000 auf 22.000 gestiegen.

Im Klartext: Die SPÖ und damit das Innenministerium zieht in dieser Frage auf FPÖ-Linie nach (wie der FPÖ-Abgeordnete Dillersberger selbst betonte); die Angst vor "Überfremdung" wird staatlcherseits exekutiert.

Tue Gutes und rede darüber, aber nur, solange du davon profitierst: Die Verschärfung des Asylrechts fällt natürlich nicht zufällig mit der "Öffnung des Ostens" zusammen: GrenzgängerInnen aus Ungarn und der CSSR sind billige Arbeitskräfte, bei denen im Fall von Arbeitslosigkeit, Unfall etc. das österreichische Wirtschafts- und Sozialgefüge billig davonkommt. Menschen zB. aus der Türkei werden dagegen uU. integriert und bleiben auch dann in Österreich, wenn sie arbeitsunfähig und damit für die österreichische Wirtschaft nicht mehr interessant sind.

"Öffnung des Ostens" also auch für den österreichischen Arbeitsmarkt — CSSR-Visa werden währenddessen abgeschafft, und die Bundeswirtschaftskammer fordert 50.000 zusätzliche "Gastarbeiter". Parallel dazu werden Asyl und Bundesbetreuung "wegrationalisiert". Gut in dieses Schema paßt auch eine vertrauliche Weisung des Innenministeriums vom 12. Jänner: Mittellose AsylwerberInnen seien nicht mehr in die Bundesbetreuung aufzunehmen. In Traiskirchen besteht seit dem 4. Jänner Aufnahmestop (siehe auch oben) und für KurdInnen und TürkInnen sogar "eingeschränktes Asyl". Erst wenn eine Unterkunft nachgewiesen werden kann, wird der Asylantrag angenommen — was schlicht und einfach den bestehenden Gesetzen widerspricht. Hingegen will man angeblich bei kurdischen AsylwerberInnen in der Beurteilung, ob es sich um einen politischen Flüchtling handelt, in Zukunft "großzügig" sein (Vranitzky).

Die Visumpflicht ist vorläufig auf drei Monate beschränkt, es bestehen jedoch wenig Zweifel darüber, daß sie danach stillschweigend verlängert werden wird. Ins Land dürfen vorläufig nur Personen, die entweder nachweislich bereits eine Familie oder aber einen Arbeitsplatz (sic) in Österreich haben. TouristInnen und Geschäftsreisende müssen ihre Reisen genau angeben und nachweisen, daß sie finanziell dazu in der Lage sind: "Eine Tagesdotie-

An das Bundesministerium für Inneres
1010 Wien, Bräunerstraße 5

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Hotel Sonnenhof (Eichgraben) wohnen ca. 90 Flüchtlinge verschiedener Staaten wie zB. Iran, Sri Lanka, Albanien, Bulgarien usw. Das Wohnen in dieser Pension hat seine Probleme. Diese Probleme haben bis jetzt zur Konfrontation zwischen Flüchtlingen und Verantwortlichen der Pension geführt. Die Probleme, von denen wir gesprochen haben, sind folgender Art:

1. Unmenschliche Behandlung der Flüchtlinge
2. Schlechte hygienische Bedingungen
3. Die niedrige Quantität und die schlechte Qualität des Essens
4. Fehlen von Spielsachen für Kinder usw.

1. Unmenschliche Behandlung der Flüchtlinge:

Die Verantwortlichen dieser Pension sind zu uns sehr unfreundlich. Sie behandeln uns, wie sie wollen; sie beleidigen uns, schimpfen mit uns und man hört oft das Wort "Schwein".

Während der Mahlzeiten tun sie so, als ob sie das Essen aus ihrer eigenen Tasche herschenken würden.

2. Schlechte hygienische Bedingungen:

In dieser Pension gehören Fliegen und der Geruch von Abfällen, besonders im Sommer, zum Alltagsleben. Der Besitzer dieser Pension hat einen Hund, der leichten Zugang zum Eßzimmer hat. Wir bekommen nichtrechtzeitig Geschirrspülmittel, obwohl uns das versprochen wurde.

3. Die niedrige Quantität und die schlechte Qualität des Essens:

Es wird nicht soviel Essen ausgeteilt, wie uns zusteht. Die Portionen sind so klein, daß die Flüchtlinge selbst zusätzlich Essen vorbereiten müssen. Sie können sich vorstellen, wie schwierig das mit öS 400,— im Monat ist. Es gibt zuwenig Obst und das mit schlechter Qualität. Die Situation ist in sehr vielen Pensionen ähnlich. Wir glauben, daß mindestens das menschliche Verhalten diese Probleme vermindern könnte.

4. Fehlen von Spielsachen für Kinder usw.:

17 Bewohner dieser Pension sind Kinder, davon 13 Kinder über 3 Jahre alt. Diese Kinder brauchen Spielsachen. Es gibt weder Spielzeuge für Kinder noch sonst irgendeine Möglichkeit für sie, obwohl im gleichen Haus der örtliche Kindergarten mit großem Spielplatz untergebracht ist.

Im Fernsehsaal ist es immer kalt und der Fernsehapparat hat eine schlechte Bildqualität. Es fehlen Kühlschränke und Telefon.

Wir haben bis jetzt mit dem Besitzer unserer Pension über diese Probleme gesprochen. Er hat uns eine abweisende Antwort gegeben. Wir wurden sogar gedemütigt, gewarnt und es wurde uns mit der Entlassung aus der Pension gedroht. Der Besitzer der Pension wollte sogar eine Familie tatsächlich aus der Pension entlassen, dies wurde jedoch durch die Intervention einiger österreichischer Familien verhindert. Er hat bis jetzt anderen Familien mit der Verlegung nach Traiskirchen oder in eine andere Pension gedroht. Wir glauben, daß unser Protest gegen diese Ungerechtigkeit gerecht ist und wir wollen uns gegen dieses unmenschliche Verhalten wehren.

Wir bitten Sie um die Entsendung eines Vertreters zur Kontrolle und Untersuchung dieser Situation.

Hochachtungsvoll
Einige Flüchtlinge der Pension Sonnenhof (Eichgraben)

rung von zwei- bis dreihundert Schilling dürfte ausreichend sein." (Löschnak)

Die Begründung mit der "Bekämpfung des Schlepperunwesens" ist auch äußerst dünn: Angesichts der Tatsache, daß auch bisher schon türkische Staatsbürger regelmäßig an österreichischen Grenzen zurückgewiesen wurden (was bezüglich Schwachat wiederholt zu Protesten geführt hat, an anderen Grenzen aber noch schwerer überprüfbar ist), erreichten auch bisher schon ein Teil der Flüchtlinge Österreich über die "grüne Grenze". Und wer einen Paß fälschen kann, kann ein Visum schon lange fälschen. Die Türkei hat übrigens im Gegenzug Visumpflicht für ÖsterreicherInnen verhängt.

Weiters sollen Ende Februar/Anfang März Grenzkontroll- und Fremdenpolizeigesetz dem neuen Status angepaßt werden. Bereits jetzt wurden die Studiengebühren für AusländerInnen an künstlerischen Hochschulen in Österreich verdoppelt — von öS 8.000 auf öS 16.000.

Währenddessen werden die Grenzen der EG-Staaten immer dichter — nur Italien und Spanien verlangen noch keine Visa für türkische StaatsbürgerInnen. Aber das gehört wohl zur Konditionierung für die EG-Aufnahme. Vermutlich wollen Mock und Löschnak 1992 die Vollzugsmeldung an den EG-Oberkommissär überbringen: "Österreich ausländerfrei". ●

Abgeschobener Flüchtling zu Tode gefoltert

(Volksstimme, Standard, afp)

Nachdem die Schweizer Asylbehörden *Semun Konutgan* per Flugzeug in die Türkei abgeschoben hatten, wurde der junge Kurde auf dem Flughafen von Istanbul sofort verhaftet. Am 24. November 1989 erlag *Semun Konutgan* im Spital von Diyarbakir seinen Verletzungen — drei Tage nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, wo er mehrere Tage hindurch gefoltert worden sei, berichtete das Schweizer "Büro für die Aufnahme von Flüchtlingen".

AusländerInnen bitte hinten anstellen

So werden "österreichische" Arbeitsplätze gemacht: "Ich ersuche um Zuweisung von Arbeitskräften, die ich anstelle ..." Das Arbeitsamt reagiert zudem mit einer Bedächtigkeit auf Anträge zur Beschäftigung von AusländerInnen, die der prekären Situation dieser regelrecht Hohn

spricht. Daß AusländerInnen keine Arbeitslosen- und Notstandshilfe beziehen können, scheint im Sozialministerium zwar der Verrechnungsabteilung, aber nicht der Arbeitsmarktverwaltung bekannt zu sein.

In diesem Fall (Faksimile) wurde der erste Antrag auf Erteilung einer Beschäfti-

(Arbeitsamt)
AZ H/6702/6703 B

Wien, den [REDACTED]

An [REDACTED]

EINGEGANGEN

Erl.

Betreff: Ihr Antrag auf Beschäftigungsbewilligung/Sicherungsbescheinigung
von [REDACTED] für den [REDACTED] Staatsbürger
geb.: [REDACTED]

Sehr geehrter Dienstgeber!

Das Arbeitsamt kann Ihnen aus seinem Stand an arbeitslos vorgemerkten Personen Arbeitskräfte anbieten, die für die Tätigkeit, für die Sie den/die obige(n) Ausländer/Ausländerin beantragt haben, zur Verfügung stehen.

Wir bitten Sie, von den beiden umseitigen Antwortmöglichkeiten die für Sie zutreffende anzukreuzen und die nichtzutreffende zu streichen und dieses Schreiben dem Arbeitsamt zu retournieren.

Bitte beachten Sie unbedingt:

1. Ihre Antwort kann nur mit voller firmenmäßigen Zeichnung zur Kenntnis genommen werden.
2. Sollte Ihre Antwort bis zum [REDACTED] nicht beim Arbeitsamt einlangen, wird angenommen, daß Sie keine Zuweisungen wünschen. Über Ihren Antrag wird dann aufgrund der beim Arbeitsamt vorhandenen Unterlagen entschieden.
3. Erklären Sie sich mit der Zuweisung einer Arbeitskraft anstelle des(r) beantragten Ausländers/Ausländerin einverstanden, werden Sie ersucht, Ihren Antwortschreiben einen "Vermittlungsauftrag" unter Verwendung beiliegenden Vordruckes anzuschließen.

In diesem Falle werden sich die vom Arbeitsamt zugewiesenen Arbeitskräfte mit einer Vorstellungskarte bei Ihnen bewerben. Der Antwortteil dieser Karte ist mit Ihrer Stellungnahme (Einstellung des Bewerbers bzw. Gründe der Nichteinstellung) dem Arbeitsamt zurückzusenden. Sie werden um Verständnis dafür ersucht, daß anderweitig bekanntgegebene Nichteinstellungsgründe nicht anerkannt werden können.

Beilage: Vordruck Vermittlungsauftrag

Ihr Arbeitsamt

Vordr.-Nr. 4570/89

gungsbewilligung Anfang Oktober 89 gestellt; Mitte November erfolgte die Ablehnung dieses Antrages. Nach einer Berufung, etwa eine Woche später, langte Ende November das im Faksimile wiedergegebene Schreiben in dem Betrieb ein. Zusammen mit einem vierseitigen Formular "Vermittlungsauftrag", das dem Betrieb die Erstellung eines Anforderungsprofils und somit die Beschäftigung von ÖsterreicherInnen "anstelle" leicht machen soll. Seither folgte keine Reaktion — außer drei Broschüren des Arbeitsamtes.



El Salvador:

Keine Ruhe nach dem Sturm

Einer der landesweit wichtigsten Commandantes der salvadorianischen Guerilla stellte sich SympathisantInnen des TATblatts (Alfred Aufruhr und Wilhemine Widerstand) für ein Interview über die aktuelle Situation in seinem Land zur Verfügung.

4.1.1990, irgendwo in El Salvador. In einem kleinen Raum sitzen wir Venancio Salvatierra gegenüber, einem älteren Mann mit dunklem Teint und lockigem Haar, der in seiner Heimat bereits zur Legende wurde: Gründungsmitglied der FLP (Fuerzas de Liberacion Popular), Wiege der heutigen salvadorianischen Guerilla, momentan im Rahmen der PRTC, einer der fünf Organisationen, die heute die FMLN bilden, an führender Stelle aktiv.¹ So ist Commandante Salvatierra eine autorisierte Stimme, um über die momentane Situation in seinem Heimatland zu sprechen

Frage: Herr Salvatierra, wie sieht die derzeitige politische und militärische Situation in El Salvador nach der Offensive vom 11. November aus?

Antwort: Unsere Offensive führte zum ersten Mal in zehn Jahren in die wichtigsten Städte des Landes. Der ganze Krieg davor ist auf dem Land geführt worden, vor allem in den Zonen, die unter Kontrolle der FMLN standen. Aber nun wird in den Städten gekämpft, im Machtbereich der Militärs. Die Kämpfe sind von unserem Machtbereich auf ihren Machtbereich übergegangen. Das ist ein äußerst radikaler Wandel und gibt dem Krieg eine neue Dimension.

Falls wir nur ein paar Tage in allen Städten, wo wir operiert haben, ausgehalten hätten — San Salvador, San Miguel, Usulután, Zacatecoluca vor allem, aber auch in anderen wie Chalatenango, Santa Ana, San Vicente, praktisch allen wichtigen Städten des Landes —, es wäre schon ein Triumph gewesen. Aber wir waren dort ein Monat und behaupten uns in gewisser Weise nach wie vor, trotz der Verfolgung, im Machtbereich des Feindes. — Das ist die fundamentale Änderung.

F: Wie war ein so anhaltender Erfolg der Offensive gegen einen so hochgerüsteten Gegner wie die salvadorianischen Streitkräfte überhaupt möglich?

Die Armee des Regimes ist an Anzahl der Kämpfer der FMLN hoch überlegen und an Feuerkraft noch viel mehr. Es wäre unmöglich gewesen, daß die FMLN in all diese Städte eindringen hätte können, wenn sie nicht vom Volk unterstützt worden wäre.

Und noch etwas: Einige Tage vor der Offensive hatte der Feind schon davon Kenntnis, und sie sagten es auch öffentlich. Unsere Kräfte drangen aber trotzdem bis in die Stadtzentren vor. Wie wäre das möglich gewesen ohne Hilfe durch das Volk?

Warum hat die Luftwaffe die Viertel des einfachen Volkes — Soyapango, Ciudad Delgado, und so weiter — bombardiert? Weil das Volk sich erhoben hat. Auch angesichts des politischen Preises für die unterschiedslosen Bombardements gegen die Bevölkerung konnte die Regierung nichts anderes machen, um sich an der Macht zu halten.

Die FMLN, um den Druck auf die Arbeiterviertel zu beenden, attackierte die Herrschaftsviertel: Escalon, San Benito, Mascota. Das hat den Druck auf die Viertel des einfachen Volkes etwas vermindert. Aber ein wichtiges Detail: Sie haben die Colonia Escalon nicht bombardiert. Das hat klar den Klassencharakter der Interessen gezeigt, die das Regime verteidigt.

Als wir das Hotel Sheraton besetzt haben, waren sogar unsere ärgsten Feinde, die US-Militärberater der salvadorianischen Armee, in unseren Händen. Das zeigt wohl zur Genüge unsere militärische Kapazität. Die Streitkräfte wandten all ihre Kräfte auf, mobilisierten außerdem Verstärkung, griffen zu zwangsweiser Rekrutierung und beriefen die Reserve ein. Und trotz alledem haben wir ihr Nervenzentrum, den Generalstab attackiert. Sie haben große Verluste erlitten, sowohl an Menschen als auch an Kriegsgerät — Lastwagen, Panzer, Helikopter, ein Flugzeug. Natürlich haben auch wir Verluste gehabt, das war abzuschätzen; mensch kann keine Aktion dieser Art durchführen, ohne daß jemand verletzt oder getötet wird.

Hat sich der militärische Erfolg der Of-

fensive auch in größeren Veränderungen des Kräfteverhältnisses auf der politischen Ebene niedergeschlagen?

Natürlich! Das Bild, das mensch sich von der FMLN macht, hat sich gewandelt. Niemand sieht mehr eine schwache FMLN — auch nicht in den USA, von der die salvadorianische Regierung ja direkt abhängt. Eine andere Sache ist die, daß der wahre Charakter des Regimes enthüllt wurde — zuvor war durch die Medien ein Bild von Cristiani, dem Moderaten, gezeichnet worden; diese Maske ist gefallen.

Der Grad an internationaler Isolierung, in den das Regime von Cristiani verfallen ist, ist enorm. Einige Regierungen haben ihre Wirtschaftshilfe eingestellt, die für das Funktionieren des Regimes wichtig ist. Wir glauben, daß er nicht mehr regieren kann; sich an der Macht zu halten, ist nicht dasselbe wie regieren — es ist eine destabilisierte Regierung.

Und darüberhinaus ist die Natur der Streitkräfte weltweit enthüllt worden. Ich konnte z.B. eine spanische Publikation sehen, in der ein Mitglied einer Eliteeinheit der Armee und der Leichnam eines Guerilleros abgebildet sind; der Soldat nimmt sein Messer und schneidet dem Leichnam vor den Reportern ein Ohr ab, danach sticht er achtzehn- oder zwanzigmal zu und öffnet ihm die Brust, um das Herz herauszuschneiden; das sieht mensch auf den Fotos in den spanischen Zeitungen! Auf einem Titelblatt sieht mensch ein Foto der Soldateska und auch Fotos der Guerilleros — einfache Leute, Leute aus dem Volk; die Natur des Heeres und die Art der bewaffneten revolutionären Kräfte ist gut dargestellt.

Wir sind von Regierungen und Parlamenten empfangen worden. Unsere internationale Isolierung, von der das Regime ausgegangen ist, existiert nicht — wer inter-



BLICKWECHSEL

EINE SCHWULESBISCHE ZEITSCHRIFT FÜR JEDEN

eine aktuelle nummer kann mann/frau zum preis von ös 18.-/dm 3.- bestellen. postkarte an die redaktion genügt.

redaktion postfach 385 a-4010 linz

national isoliert ist, ist die Regierung.

Der Konflikt in El Salvador wird in Europa gemeinhin als Bürgerkrieg dargestellt — also nicht nur als Auseinandersetzung zwischen der Guerilla einerseits und der Armee andererseits, sondern auch als Konflikt innerhalb der Zivilgesellschaft...

Ja, natürlich, die salvadorianische Gesellschaft ist geteilt — das ist seit vielen Jahren keine Frage! Warum bezeichnet die Regierung praktisch alle ArbeiterInnenorganisationen im Land, die Menschenrechtsorganisationen, die Frauenorganisationen, die Organisationen der Familienangehörigen von politischen Gefangenen und Verschwundenen, die Jugendorganisationen und darüberhinaus die Universitäten und die Kirchen als "Fassadenorganisationen"? Weil es eine tiefgreifende Spaltung in der salvadorianischen Gesellschaft gibt. Natürlich ist es ein Bürgerkrieg! Das heißt, es ist nicht eine Gruppe von Guerilleros, die einer legitimen Regierung feindlich gegenübersteht, die Spaltung in der Gesellschaft geht viel weiter. Und von daher richtet sich die Repression auch unterschiedslos gegen alle. Das läuft etwa so ab: "In diesem Viertel gibt es fünf, acht oder zehn Guerrilleros; aber wir wissen nicht, wo sie sind, und das Volk schützt sie; also bombardieren wir die ganze Zone." Und es sterben die fünf, die dort sind, aber es sterben noch viele andere mehr. Warum durchsuchen sie die Kirchen? Erst gestern hat es wieder eine Hausdurchsuchung im Haus eines Priesters in San Salvador gegeben; selbst die Räume des Erzbischofs sind schon durchsucht worden.

Hat die jüngste Offensive der Guerilla einen Einfluß auf die Repression im Land gehabt — hat sich die Situation weiter verschärft?

Ja, die Repression hält an, und seit der Offensive hat sie sich weiter verstärkt. Auch die Anzahl der Menschen, die "verschwinden", steigt weiter, trotz des internationalen Drucks. Was die Regierung beabsichtigt, ist, die Massenorganisationen ihrer Köpfe und ihrer Artikulationsmöglichkeiten zu berauben.

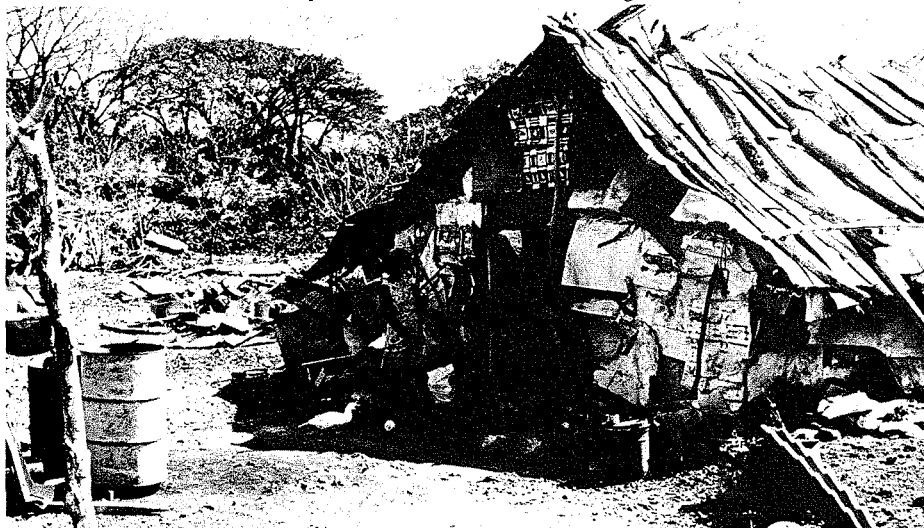
Wenn es sich um einen Bürgerkrieg handelt, in dem sich große Bevölkerungsteile gegenüberstehen — welche Teile der Zivilgesellschaft stehen dann auf Seiten der Militärs?

Auf deren Seite haben wir vor allem die privaten Unternehmer und das Großbürgertum. Auch ein Teil der staatlichen Bürokratie lebt natürlich von seiner Beziehung zu den Militärs. Und dann gibt es noch Teile des Volkes, vor allem die marginalisierten Sektoren, denen von der ARENA, der jetzigen Regierung, vor den Wahlen alles Mögliche versprochen worden ist; natürlich haben sie das nicht erfüllt, und nicht nur das, die jüngsten Bombardements haben in den Zonen

genau dieser Leute stattgefunden. Ich kann Ihnen natürlich nicht sagen, wie viele dort ihre Meinung geändert haben, aber die Stimmung hat sich gewandelt.

Innerhalb der Privatwirtschaft gibt es jetzt auch einige Sektoren, die für eine Verhandlungslösung des Konflikts sind. Und zwar deswegen, weil während einer Fortsetzung des Bürgerkriegs die Wirtschaft sich nicht stabilisieren kann und noch viel weniger wieder erholen. Aber sie wollen die Privilegien, die sie haben, nicht aufgeben. Auch innerhalb der herrschenden Schicht ist nicht alles uniform: Die Sektoren, die mit den Todesschwadronen in Verbindung stehen, stellen nicht die ganzen Streitkräfte dar.²

Selbst innerhalb der Regierung gibt es unterschiedliche Standpunkte. Wir können



Bis zum Jahr 2000 werden über 60 Prozent der Menschen in Entwicklungsländern in Slums und Spontansiedlungen wohnen. Diese Aufnahme zeigt die "Behausung" landloser SiedlerInnen in El Salvador

sagen, daß sich nach dieser Offensive die Situation völlig gewandelt hat. Und ich habe den Eindruck, daß sich auf der politischen Ebene der Rückhalt der Regierung vermindert hat.

Drückt sich diese Stärkeposition nach der Offensive auch in einem zahlenmäßigen Anwachsen der FMLN aus?

Unsere Präsenz in den Städten seit dem Beginn der Offensive hat die Eingliederung von mehr Leuten in die FMLN erlaubt. Leider haben wir nicht alle Leute, die sich uns anschließen wollten, auch aufnehmen können, weil unsere Möglichkeiten begrenzt sind, sie zu versorgen, ihnen Waffen zu geben und sie zu trainieren. Was ich Ihnen aber versichern kann, ist, daß die Anzahl der neu hinzugekommenen KämpferInnen die der Gefallenen, die wir hatten, übersteigt.³

Sicherlich kann mensch diesen Zuwachs der Guerilla nicht in unmittelbarer Form sehen, weil wir die neuen Leute erst trainieren müssen, sie müssen bestimmte Gebiete, wo sie operieren werden, kennenlernen, und das dauert seine Zeit.

Wie stark ist die FMLN eigentlich im Volk, in der Durchschnittsbevölkerung verankert? Es gibt ja Beispiele, wie das mit dem "Sheraton"⁴, die eine sehr starke Unter-

stützung durch die Bevölkerung nahezu zeigen scheinen....

Vielleicht gibt es andere Beispiele als das mit dem Sheraton, die besser die Hilfe des Volkes zeigen: El Salvador hat 21 000 km² und ca. 6 Millionen EinwohnerInnen, also eine Bevölkerungsdichte von über 250 EinwohnerInnen pro km².⁵ Das Land ist überall gleichermassen dicht besiedelt. Es gibt wenig Bergland — am ehesten noch in Chalatenango und Morazan. Alle angrenzenden Staaten sind der FMLN gegenüber feindlich gesinnt: Guatemala und Honduras; mit Nicaragua haben wir keine gemeinsame Grenze, nur den Golf von Fonseca, und der wird mit äußerst ausgeklügelten Methoden seit Beginn des Krieges überwacht. Wie ist es also möglich, daß sich unter diesen Bedin-

gungen eine Guerilla entwickeln kann?

Ein Beispiel: Ein Guerillero braucht mindestens drei Paar Schuhe pro Jahr, weil er im Kampf ständig marschiert. Wir können keine Waggons voller Schuhe schicken oder eine Schuhfabrik eröffnen. Woher kommen also all diese Schuhe? Ein, zwei, drei Paare, die irgendwelche einfache Leute aus dem Volk bringen; tausende Leute sind allein verantwortlich für die Versorgung mit Schuhen. Aber es handelt sich nicht nur um die Schuhe, sondern um die ganze Bekleidung, Medizin, die Lebensmittel für all unsere Leute, die so zustandekommen.

Wir können unseren KämpferInnen kein Gehalt zahlen, — wir haben ja auch keinen Rahmen an internationaler Hilfe von ca. 2 Millionen Dollar täglich, wie sie die Armee hat. Wie könnten wir also überleben, wenn wir nicht eine immense Verwurzelung im Volk hätten?

Als der Krieg begann, gab es sehr erfahrene ausländische Militärs, die sagten: "Ihr seid verrückt, in El Salvador ist ein Guerillakrieg unmöglich! Ihr habt keine Berge, eine enorme Bevölkerungsdichte, euer Land ist durch Straßen gut erschlossen — unter diesen Bedingungen ist kein Guerillakrieg möglich."

Wir haben ihnen geantwortet: "Unser Bergland ist das Volk, das uns schützt." — Ein Krieg im Land wäre unmöglich, wenn es nicht diese Hilfe des Volkes geben würde!

Wie stellt sich eigentlich die Rolle der Kirche in El Salvador dar? Gibt es so etwas wie ein Naheverhältnis zwischen der Guerilla und der Kirche, besonders nach dem Mord an Erzbischof Romero und den jüngsten Morden an Jesuiten?

In El Salvador ist die Ausbeutung und die Unterdrückung enorm. 70% der Bevölkerung leben in Armut und 40% in absoluter Armut. Das ist nichts Neues. Das Elend in unserem Land besteht seit langem. Die Träger der ökonomischen Macht unseres Landes haben, um an der politischen Macht bleiben zu können, konstant Gemetzel anrichten müssen: Etwa 1932, als sie 30.000 Campesinos umgebracht haben.

Unser Volk ist ein sehr religiöses Volk seit der Kolonialzeit. In dieser Abfolge von Massakern hat es eine große Anzahl von Geistlichen als Opfer gegeben.

Schon vor Monseñor Romero hat es zwischen der Guerilla und dem religiösen Volk eine sehr starke Verbindung gegeben. Es gibt Commandantes in der FMLN, die Theologie studiert haben, um Priester zu werden. Und um Ihnen etwas Persönliches zu erzählen: In Masapa habe ich verschiedene Ehen gestiftet, als weltliche Autorität der Guerilla, und es gab bei der Zeremonie auch einen Priester als geistliche Autorität.

Es gibt auch Taufen und Gottesdienste. In gewisser Weise ist es eine Symbiose.

Und die Rolle Romeros in dieser Entwicklung?

Mensch glaubte anfangs nicht, daß Monseñor Romero — den ich persönlich kannte, weil ich bei ihm zum Religionsunterricht ging, als er Pfarrer der Kathedrale in San Miguel war — die Rolle einnehmen würde, in der mensch ihn heute sieht; mensch hielt ihn für einen sehr konservativen Menschen. Wie sich ein so konservativer Mensch so radikal ändern konnte? Ich glaube, der Film "Romero" stellt die Ursachen dieser Veränderungen ausreichend dar!

Wo liegen eigentlich die "befreiten Zonen" des Landes, und wie sieht es dort aus? Wie kann dort dem Druck eines militärisch so hoch überlegenen Gegners standgehalten werden?

Nachdem Sie nun die Topografie unseres Landes kennen, sehen Sie, daß das fundamentale Element nicht das Gelände, sondern die Bevölkerung ist; es gibt überall Dörfer, und so werden wir, aber auch die Armee sofort von den Menschen gesehen.

Zugegeben, die Zonen unter unserer Kontrolle sind nicht so, wie es das unter anderen Umständen schon gegeben hat — etwa in Vietnam, wo die befreiten Gebiete in gewisser Weise unbesiegbar waren. Nein, in unsere Zonen können die Militärs eindringen, und wenn sie sagen, daß es keinen Punkt des Landes gibt, wo sie nicht

eindringen können, stimmt es vollkommen — aber sie können dort nicht bleiben! Falls sie es trotzdem versuchen, erleiden sie durch uns Verluste. Außerdem gibt ihnen die Bevölkerung keinerlei Informationen über uns, uns jedoch sehr wohl über sie.

Vor der Offensive hat sich die ganze Militärgewalt über den Zonen, die wir unter Kontrolle haben, entladen, und auch über den Zonen, die wir "Disput" nennen, Zonen, in die wir kommen, aber in denen wir nicht die ganze Zeit verbleiben. All diese Kapazität konzentrieren sie also auf Chalatenango, Morazan und Usulután. Aber jetzt, nach unserer Offensive, haben sie die Anzahl ihrer Streitkräfte nicht mehr erhöhen können. Und sie müssen jetzt hauptsächlich die Städte schützen. Das bedingt, daß ausgedehnte Zonen des Landes jetzt den größten Teil der Zeit frei und unter unserem Einfluß sind.

Unsere Zonen werden nicht mit befestigten Anlagen verteidigt, so daß niemand eindringen kann; — stattdessen haben wir eine andere Militärbarriere, eine undurchdringbare: Das ist die Bevölkerung.

Und wie sieht es in diesen "befreiten Gebieten" aus? Gibt es dort schon eine "neue Gesellschaft", wird dort ein Stück des El Salvador von morgen praktiziert?

Momentan ist der Organisationsgrad der Bevölkerung enorm. Es gibt eine Praxis der Selbstverwaltung, seit sich die Gesundheits-, die Produktionsbrigaden und sogar die Zivilverteidigung organisiert haben — nicht eine bewaffnete Zivilverteidigung, wie üblich, sondern eine, die ein Nachrichtensystem besitzt, das ihr zu wissen erlaubt, ob die Armee von da oder von dort kommt, und die Bevölkerung kann sich danach richten und entkommt ihr so.

Die Produktionseinheiten haben inzwischen große Erfahrungen gesammelt; das sind Bevölkerungsteile, die sich nicht nur mit landwirtschaftlichen Produkten selbst versorgen, sondern die auch kunstfertig andere Produkte herstellen — in manchen Fällen sogar mit Maschinen.

Was die Gesundheit betrifft, gibt es in den Dörfern Gesundheitsbrigaden. Viele Leute in diesen Brigaden sind praktisch Analphabeten. Trotzdem haben sie Mittel und Wege der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge gelernt, z.B. Sümpfe trockenzulegen. Das ist eine sehr weitreichende Entwicklung.

Was ist eigentlich nach dem Gipfeltreffen von San Isidro und den vorherigen gescheiterten Verhandlungen mit der Regierung jetzt das Ziel der FMLN: Revolution oder neue Verhandlungen?

Unsere Politik hat Kontinuität seit 1981. Für uns ist das Ziel der Revolution eine neue Gesellschaft, eine gerechte Gesellschaft. Und es ist logisch, daß die menschlichen und materiellen Ressourcen Schlüsselfaktoren sind, um diese Transformation zu erreichen.

Ohne diese Ressourcen können wir nicht davon sprechen, die Gesundheits-, Bildungs-, Wohnungs- und Ernährungsprobleme der Bevölkerung zu lösen.

Für uns ist Revolution nicht gleichbedeutend mit der Eliminierung der Armee, aber da wir keine andere Alternative haben, werden wir sie weiterhin bekämpfen.

In diesem Rahmen ist es fundamental für das Konstituieren der neuen Gesellschaft, die sozialen Kosten des Krieges zu verringern, die Zerstörung menschlicher und materieller Ressourcen zu vermindern. Und so ist für uns auch Verhandeln eine wichtige Strategie.

Daniel Ortega hat in San Isidro ein gemeinsames Dokument der zentralamerikanischen Präsidenten mitunterzeichnet, das unter anderem "alle irregulären Kräfte der Region" auffordert, sich aufzulösen. Zumal die FMLN zu diesem Gipfeltreffen keinen eigenen Vertreter entsenden konnte und die Sandinisten bei ähnlichen Anlässen bisher stets als "Sprachrohr der FMLN" gegolten haben, ist ihnen dieses Verhalten von vielen Seiten als "Verrat" ausgelegt worden; wie stellt sich nun nach San Isidro das Verhältnis der salvadorianischen Guerilla zu den Sandinisten dar?

Auch nach dem Zusammentreffen der zentralamerikanischen Präsidenten in Costa Rica — man hat uns dabei nicht einbezogen, man hat uns auch nicht gefragt! — bleiben die Sandinisten weiterhin unsere Brüder und Schwestern; mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Herr Salvatierra, wir danken für das Gespräch.

Fußnoten:¹ Die FMLN stellt den bewaffneten Arm der salvadorianischen Opposition dar, der eine Allianz mit der FDR (Frente Democrático Revolucionario) bildet. Die FDR wiederum besteht aus der sozialdemokratischen MNR, die auch der Sozialistischen Internationale angehört, und der christlichsozial orientierten MPSC.

² So ist innerhalb der letzten Monate eine "Gruppe junger Offiziere" mehrmals mit Kommuniqués in Erscheinung getreten, die sich kritisch mit den Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Massenmorden, die von der Armee verübt wurden, auseinandersetzen.

³ Laut Pressesprecher der Armee liegen die Verluste der Guerilla seit Beginn der Offensive bei etwa 2500 Mann.

⁴ Am 21. November besetzte die FMLN mitten im besten Wohnviertel von San Salvador das Hotel Sheraton, nahm 16 amerikanische Militärberater gefangen, die sie später wieder freiließ, und "löste sich in Luft auf", nachdem der Commandante des Guerillastoßtrupps ein halbstündiges Gespräch mit dem Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, Baena Soares, der sich im Hotel befunden hatte, geführt hatte, obwohl das Hotel von mehreren hundert Regierungssoldaten und Panzern hermetisch abgeriegelt war.

⁵ Die Bevölkerungsdichte Österreichs im Vergleich dazu: 80 EinwohnerInnen/km²

Panama

Interview mit Jesus Martinez, alias Chuchu

Der Dichter und Bohemien Chuchu Martinez war einer der engsten Vertrauten des 1981 ermordeten Generals Omar Torrijos. In den letzten Jahren hat er als Gewissen der Nation ein Schattendasein geführt. Die Invasoren hielten ihn aber immerhin für wichtig genug, um ihn mit dem Panzerwagen in seinem Haus zu suchen. Chuchu konnte aber rechtzeitig untertauchen und lebt derzeit im Untergrund. Das Interview wurde am 6. Jänner in seinem Versteck geführt.

(Ralf Leonhard u. Leo Gabriel – APIA; gekürzt)

Wer ist schuld, daß diese Invasion passieren konnte?

Ich glaube, die USA waren absolut entschlossen, ihre Militärpräsenz hier nicht im Jahr 2000 aufzugeben. Am Anfang konnten sie für ihre Pläne auf Noriega zählen. Dann wurde Noriega plötzlich zum Buhmann, ein Bandit, ein Drogenhändler, und sie wollten ihn mit einer Abfindung ins Exil schicken. Auch das ging schief, denn Noriega war nicht am Geld interessiert, Dann versuchten sie es mit der Opposition und den Wahlen und auch das ging in die Hose. Es stimmt, daß es Wahlbetrug gegeben hat, aber ich weiß von keinen Wahlen in Lateinamerika, und vielleicht sollte ich die USA einschließen, bei denen nicht geschoben wird. In Panama war der Betrug vielleicht ein bisserl schamloser. Von beiden Seiten. Denn Bush hat vorher gesagt, wir werden keine Wahlen anerkennen, bei denen der Kandidat Noriegas gewinnt, und drohte bereits mit der militärischen Option. Der Panameno ging also zu den Urnen im Bewußtsein, daß die Gringos einmarschieren, wenn der Falsche gewinnt. Niemand wollte hier eine Invasion.

Aber warum gibt es so viele Leute, die den Gringos zujubeln?

Das ist die Mittelklasse, nicht das Volk. In San Miguelito oder Rio Abajo wirst du sowas nicht sehen. Du mußt dir vor Augen halten, daß die Panamenos seit Jahren unter der Wirtschaftskrise leiden. Dazu kommt, daß die Regierung unter Noriega niemals etwas für das Volk getan hat. Im Gegenteil: Da wurden Kriegsgesetze verabschiedet, die sich gegen das Volk richteten. Das einzig Progressive an der Regierung war die Konfrontation mit dem Impe-

rium. Noriega umgab sich mit Leuten der Rechten: seine Wirtschaftsexperten und Minister.

Andrerseits hat es reichlich Widerstand gegeben. Beweis dafür sind die über 3000 Toten, das kann ich dir sagen, weil ich Leute beim Roten Kreuz kenne. Ich glaube, in ganz Lateinamerika hat es noch nicht soviel Widerstand gegeben, und das, obwohl die Nordamerikaner neue und raffinierte Waffen einsetzten und Panama sogar als Versuchsfeld benützten, so wie Hitler Spanien als Übungsplatz für den 2. Weltkrieg verwendet hat.

Ist diesen Ereignissen ein Verfall in der torrijistischen Bewegung vorausgegangen?

Es hat nie wirklich eine torrijistische Bewegung gegeben, nicht einmal unter Torrijos. Es gab eine Mehrklassenpartei mit widersprüchlichen Interessen. Das Projekt hat aber nie funktioniert. Torrijos wollte eine Volksbewegung schaffen. Doch die hat er dann selbst zerschlagen, als ihm mit Putsch gedroht wurde. Das Projekt der Volksbewegung schlummert also in einer Schublade.

Ist es nicht etwas enttäuschend, daß die Leute, die gestern noch in der Regierung saßen, sich so schnell mit den neuen Verhältnissen abgefunden haben. Ich denke da an den Präsidentschaftskandidaten Noriegas, Carlos Duque, oder den abgesetzten provisorischen Vizepräsidenten Carlos Ozores.

O ja. Du solltest mein Buch über Torrijos lesen, denn er hat das vorausgesehen. In einer Wirtschaft, die auf Dienstleistungen basiert, wie die panamaische, entsteht eine servile (unterwürfig; Anm.) Geisteshaltung. Mir ist übel geworden, als ich diese Leute die Seite wechseln sah.

Was ist denn übriggeblieben vom Nationalismus und der trotzigigen Haltung?

Hier haben sie die Parole gehabt: nicht einen Schritt zurück! Und jetzt wurden wir 50 Jahre zurückgeworfen. Aber für Lateinamerika kann dies einen Fortschritt bedeuten. Denn alle wußten wir, daß die USA sowas machen konnten, aber wir wollten es nicht glauben. Jetzt glauben wir es, weil wir es gesehen haben.

Läßt sich völlig ausschließen, daß die Truppen, die sich nicht ergeben haben, in den Bergen eine Befreiungsbewegung schaffen?

Sowas läßt sich vielleicht gegen die Armeen von El Salvador, Guatemala, Kolumbien machen, aber nicht gegen die US-Armee. Das ist völlig lächerlich. Die haben Infrarotapparate, mit denen sie die Wärme einer Person orten können. Das müßten schon Leute sein, die bereit sind, sich zu

opfern.

Welche Lehren können aus der Entwicklung in Panama gezogen werden?

Die erste ist die, die Bush den LateinamerikanerInnen beibringen will: "Euch kann das selbe passieren, wenn ihr nicht spurt." Die andere hat Bush den US-AmerikanerInnen gegeben: "Schaut her, wozu ich fähig bin." Ein Waschlappen muß beweisen, daß er kein Waschlappen ist (???; Anm TATblatt). Es gibt eine Lektion des Widerstandes, die das Volk von Panama uns mit seinem Widerstand gibt: Diese Toten sind nicht an Malaria gestorben. Dann gibt es die Lektion gewisser Kreise — der Mittelschicht mehr als der Oligarchie —, wie tief ein Mensch sinken kann: Diese Arschkriecher, die die US-Fahnen schwenken. Die wichtigste Lektion haben sie Leuten wie mir und Torrijos erteilt, die wir etwas verändern wollten. Die kann man am besten mit dem lateinischen Spruch "Extra ecclesiam non est salus" beschreiben: Außerhalb der Kirche gibt es kein Heil. In diesem Fall sind die Kirche die Ideologie und die Interessen des Volkes. Torrijos wußte es, doch obwohl er es wußte, hat er nicht danach gehandelt. Du kannst dich einer Aggression diesen Typs nicht entgegenstellen, wenn du nicht das Volk hinter dir hast. Und das Volk war hier nicht dahinter.

Wirst du unter diesen Umständen in Panama bleiben?

Ich glaube nicht. Ich möchte in Pension gehen, schließlich werde ich im Juni 61. Zum ersten Mal fühle ich mich alt, deprimiert, beschämt, machtlos und gedemütigt. Deshalb denke ich daran, nach Italien zu gehen, wo meine Familie sich schon in Sicherheit gebracht hat. Ich möchte dort Wein trinken, Pasta essen und Sonette schreiben.

PALÄSTINA - BILANZ

(Büro der Arab. Liga in Wien).

Seit Beginn der Intifada vor zwei Jahren haben die israelischen Sicherheitskräfte laut Amnesty International mehr als 560 Palästinenser erschossen. Davon waren 130 jünger als 16 Jahre, 35 hatten das 12. Lebensjahr noch nicht erreicht. Mindestens 15 Palästinenser starben durch Mißhandlungen durch die Sicherheitskräfte. 70 Menschen sind durch Einsatz durch Tränengas ums Leben gekommen.

Alein im Dezember 1989 wurden nach Zählungen israelischer Menschenrechtsorganisationen 21 Araber bei Zusammenstößen mit Israelis getötet.

Mietrecht tot = Wohnungsnot

Protest tut Not!

(mieterInnen-interessensgemeinschaft)

Die Parteien sind sich noch immer nicht einig, doch was sich an Änderungen des MRG (Mietrechtsgesetz) abzeichnet, kann jedenfalls für die MieterInnen — vor allem was die Mietpreise betrifft — nur Nachteile bedeuten, gegen die die wenigen geringfügigen Verbesserungen schon

lichkeit erhalten, die Preisobergrenzen in Ihrem Hoheitsgebiet aufzuheben.

2. Altmietverträge:

Schon bisher gab es bei Erhaltungsarbeiten oder Sanierungen erheblichen Mietzinssteigerungen, aber es galt der Grundsatz, daß die Mietzinsanhebungen nur im Rahmen und im Ausmaß der tatsächlichen Kosten erfolgen dürfen.

Die zur Debatte stehende Neuregelung sieht folgendes vor:

a: Wenn die Mietzinse bei Neuvermietung freigegeben werden, dann gibt es eine Preisanhebung für Reparaturen nur noch in jenen Häusern in denen mehr als die Hälfte der Wohnungen noch zu geregelten Preisen vermietet sind.

b: Wenn die Kategoriemietzinse bestehen bleiben, dann gibt es weiterhin den bisherigen 18 (Preiserhöhungen für Reparaturen im Ausmaß der Renovierungskosten, verteilt auf

Zusammenhang mit den lukrativen Neuvermietungsmöglichkeiten bietet dies die Gewähr, daß es auch in Zukunft Sanierungs- und Absiedlungsspekulation geben wird.

Der Trend geht eindeutig in Richtung freier Wohnungsmarkt. Weiters könnten vermehrte "wohnerwertbezogene Kriterien" bedeuten, daß sozial Schwache noch mehr als bisher in die schlechten Wohngebiete verdrängt werden, wenn zur Mietzinsbildung nicht mehr nur die bisherigen Kategorienmerkmale herangezogen werden, bei denen es ja — sofern die Wohnung überhaupt dem MRG unterliegt — auf die Lage nicht ankommt.

Demgegenüber stehen wohl auch einige Verbesserungen, wie z.B. mehr Mitbestimmung (unter Verschweigen der bisherigen, aber zu wenig bekannten Möglichkeiten), Schutz vor Abbruchspekulationen und eine Besserstellung von UntermieterInnen. Dies bedeutet aber gegenüber den nun zu erwartenden Preissteigerungen eine nur geringfügige Verbesserung der bisherigen einschlägigen Bestimmungen und — betrachtet man das MRG als Ganzes — eigentlich keinen Fortschritt.

Tatsache ist, daß die Wohnpolitik, wie sie derzeit betrieben wird, das MRG immer mehr aushöhlt. Dies nicht nur durch immer weitere Aufweichung der Mietzinsbestimmungen, sondern von vornherein schon durch diverse Ausnahmebestimmungen, so daß das MRG in Zukunft für einen immer geringeren Teil aller Wohnungen Geltung besitzen wird. Den HauseigentümerInnen wurden diverse "Zuckerln" gegeben, um sie zur Sanierung von Altbauwohnungen zu animieren. Dies bedeutet jedoch, daß Wohnungen auf Staatskosten mit öffentlichen Förderungsmitteln und auf Kosten der MieterInnen durch erhöhte Mietzinse saniert werden und der Gewinn daraus, nämlich die Möglichkeit, angemessene Mietzinse zu vereinbaren, dem HauseigentümerInnen zufließt. Dies ist jedoch nur ein Beispiel aus einer langen Reihe.

Immer noch sind verantwortliche PolitikerInnen der Ansicht, daß mehr Markt zu einer automatischen Preisregulierung führen müsse. Dabei übersehen sie jedoch, daß bezüglich Wohnungen gar kein Markt im Sinne von Angebot und Nachfrage existieren kann, da die Wohnung lebensnotwendig ist und kaum jemand sich in der Situation befindet, Wohnungen ablehnen zu können, nur weil sie halt momentan zu teuer sind (nicht umsonst sind daher z.B. Grundnahrungsmittel staatlichen Preisregelungen unterworfen). Eine Wohnung ist kein Fernsehapparat oder ein Möbelstück, das man kaufen kann oder auch nicht; eine Wohnung wird oft dringend benötigt,



beinahe eine Augenauswischerei sind.

Beim derzeitigen Verhandlungsstand zeichnen sich folgende Änderungen ab:

1. Neuvermietung:

In den letzten Jahren sind die Mieten bei Neuvermietung enorm gestiegen. Das bestehende System von Mietzinsobergrenzen ist durch zahlreiche Ausnahmebestimmungen bzw. Umgehungsgeschäfte unterlaufen worden. Mieten von S 100.-/m² für durchaus durchschnittliche Wohnungen sind keine Seltenheit mehr.

In Zukunft sollen die Länder die Mög-

10 bzw. neu: auf 15 Jahre); bei Zustimmung von 2/3 der MieterInnen soll sogar eine Erhöhung der Mietzinse auf Dauer (!) — und damit unabhängig von Sanierungskosten — möglich sein.

Die Entscheidung für Variante a oder b obliegt den Ländern für ihren Wirkungsbereich.

Die versprochenen Änderungen am Interessensbescheid sind durchwegs kosmetischer Natur: Beide Parteien haben sich offenbar auf die Beibehaltung dieser Kündigungsmöglichkeit für MieterInnen in "Substandardwohnungen" geeinigt. In

sodaß dem Suchenden in den meisten einzusteigen, wenn er nicht obdachlos sein will.

Es liegt daher auf der Hand, daß ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage hier niemals hergestellt werden kann, denn am stärkeren Ast sitzt immer noch der HauseigentümerInnen und dieser diktiert die Bedingungen, zu denen er vermietet. Es ist weiters klar, daß wohl kaum ein HauseigentümerInnen die gesetzlichen Möglichkeiten nicht voll ausschöpfen wird und seine Mietzinse daher immer an der höchstmöglichen Grenze festsetzen wird. Warum sollte er auch auf höhere Einnahmen verzichten, wenn ihm vom Gesetzgeber dazu die Möglichkeiten eröffnet werden...

Da die Angriffe auf das MRG unseren PolitikerInnen nicht genügen, wird jetzt auch noch über eine Änderung des WGG (Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz) diskutiert. Es zeichnet sich hier die Möglichkeit für die Genossenschaften ab, die Mietzinse nicht wie bisher nach dem Kostendeckungsprinzip, sondern als sogenannte "Unternehmensmiete" abzurechnen. Damit könnten die Mietzinse für gut ausgestattete Wohnungen aus früherer Bauzeit auf die für vergleichbare Neubauten errechneten angehoben werden.

Wie die Marktmechanismen wirken, kann man am Beispiel unseres Nachbarlandes BRD studieren. Die dortige Entwicklung in den letzten 10 Jahren (freie Mietzinse, fast gänzliche Einschränkung des sozialen Wohnungsbaus) hat gezeigt, daß die Konsequenzen horrende Mietzinse, Obdachlosigkeit und Wohnungsnot sind. In den meisten Großstädten sind Zahlen von 10.000 oder mehr Wohnungssuchenden an der Tagesordnung. In Hamburg z.B. dürfen sich 10.000 BewohnerInnen von Obdachlosenunterkünften die 17 (!) freien Sozialwohnungen teilen, denn andere sind für diese Bevölkerungsgruppe unerschwinglich. Laut einem Artikel im Kurier v. 22.12.89 sind in der BRD bereits eine halbe Million Menschen obdachlos. Einzelne Länder oder Städte (z.B. Berlin) haben dies erkannt und versuchen nun, wieder mehr MieterInnenschutz zu verwirklichen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung dazu: "Über die Marktmechanismen kommt allenfalls der Bau von Luxuswohnungen in Gang, und der nützt den meisten MieterInnen gar nichts."

Auch hierzulande beginnt sich eine derartige Entwicklung bereits abzuzeichnen. Schlecht ausgestattete Wohnungen sind kaum mehr zu bekommen und wenn doch, sind dafür meist horrende und auch überwiegend ungesetzliche Ablösen zu zahlen. Die Spekulanten haben Hochsaison und so stehen Substandardwohnungen entweder leer oder werden zu überhöhten Mietzinsen bis zur Sanierung untervermietet. Was dann auf den "Markt" kommt, entspricht, zumindest was die Mietzinse be-

trifft, dem Begriff der "Luxuswohnung". Mietzinse von S 5.000,- (eher schon untere Grenze) und mehr für eine sanierte Wohnung sind bereits üblich.

Es stellt sich hier die Frage, ob es denn Sinn der Stadterneuerung sein kann, unter immer weiterem Schwinden von preisgün-



stigem Wohnraum Luxuswohnungen für Besserverdienende zu schaffen. Immerhin liegt der österreichische Durchschnittslohn bei S 10.000,- monatlich.

Man muß sich auch fragen, wer sich solche Wohnungen überhaupt noch leisten kann. Die Obdachlosen (derzeit ca. 23.000)? Die (meist wegen Zahlungsschwierigkeiten) 200.000 in Österreich von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen? Alleinstehende Mütter?

Und — sind menschenwürdige Wohnungen (eine solche der Kategorie B z.B. muß schließlich nur mit Badegelegenheit und WC ausgestattet sein) wirklich Luxus? Sollte dies nicht vielmehr zum Mindeststandard einer Wohnung gehören, ohne daß man dafür gleich Luxusmieten berappen muß?

Dies alles wird jedoch geflissentlich "übersehen" und um das Koalitionsabkommen nicht zu gefährden, müssen künftige Wohnungssuchende und nunmehr auch bei bisher dem MRG unterliegenden Wohnungen und Genossenschaftswohnungen sogar AltmietlerInnen immer weitere Aufweichungen der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen in Kauf nehmen.

Zum Abschluß noch die SPÖ zum Thema Wohnen: "Wir Sozialisten haben den Grundsatz aufgestellt, daß die Wohnung keine Ware sein darf, weil sie ein menschliches Grundbedürfnis ist. Dieser Grundsatz behält seine Gültigkeit"... (Zumindest war das im Juli 88 noch so, das Zitat ist aus "SPÖ Kommunal" dieses Monats).

Die MieterInnen haben aufgrund der verkomplizierten Bestimmungen kaum

mehr Möglichkeit, zu verstehen, was auf sie zukommt. In der Berichterstattung wird überdies alles mit einem positiven Mantelchen versehen. Doch Wohnen ist schon jetzt teuer genug und es ist noch kein Ende abzusehen. Die Forderung des Stadtrates Swoboda, daß man damit rechnen solle, für

Wohnkosten 20 % seines Einkommens auszugeben, muß angesichts der Entwicklung schon beinahe als illusionistisch angesehen werden. Dazu kann man nur noch sagen: schön wär's!

Hinter verschlossenen Türen wird gepackelt und die Informationen, die an die Öffentlichkeit dringen, sind spärlich. Von MieterInnenseite (MieterInnenorganisationen) ist allenfalls noch die SP-nahe MieterInnenvereinigung zu den Verhandlungen (und auch das nur eingeschränkt) zugelassen. Alle kleineren und unabhängigen MieterInnenorganisationen sind ausgeschlossen.

Deshalb muß von MieterInnenseite vehement gegen die geplanten Änderungen aufgetreten werden. Richten Sie Protestbriefe an die zuständigen PolitikerInnen, nehmen Sie an der Demonstration gegen die MRG-Novelle teil (Termin siehe unten)!

kerInnen, nehmen Sie an der Demonstration gegen die MRG-Novelle teil (Termin siehe unten)!

Unsere wichtigsten Forderungen:

- keine weitere Aufweichung der Mietzinsobergrenzen
- Preisbeschränkungen für alle Mietwohnungen, auch für solche, die bisher aufgrund der zahlreichen Ausnahmestimmungen vom MRG ausgenommen wurden
- keine Lockerung des Kündigungsschutzes
- keine Spekulation mit geförderter Sanierung
- keine Verländerung, einheitliche Regelungen für ganz Österreich

Mieter-Interessens-Gemeinschaft Österreichs
1100 Wien, Antonsplatz 22, 62 25 31
Die Aktionsplattform gegen Ablösen- und Mietzinswucher hat gegen die Verschlechterungen des MRG eine

DEMONSTRATION

geplant.

TAG: 20 Februar 1990

ZEIT: 17 Uhr

TREFFPUNKT: OPLER

MOTTO: Der MieterInnenschutz wird zu Grabe getragen

Termin: Mietrechtsdiskussion, ORT: B.A.C.H., 16., Bachgasse 21
am Do., 25.1.1990, 19.30 Uhr

Zermürbungstaktik in Fischening?

(TATblatt-Wien)

Nach wie vor gibt es keine schriftliche Zusage, daß die Bauarbeiten zum geplanten Kraftwerk an der Mur ruhen werden. Die Behörden (allen voran Umwelt-Landesrat Schaller) betonen immer wieder, den Forderungen der KraftwerksgegnerInnen nachgekommen zu sein und pochen auf einen Abzug der BesetzerInnen. Sie

— Aufhebung des rechtswidrigen Naturschutzbescheids

— Einstellung der Verfahren gegen KraftwerksgegnerInnen (siehe unten)

Eine "Erklärung" der BesetzerInnen mit obigen Inhalt wirbelte viel Staub auf. In einem Nachsatz hieß es sinngemäß, daß dem "leeren Gerede der Bonzen" nicht mehr geglaubt werde. Diese Betitelung

werden:

Die **Anzeige gegen den LKW-Fahrer**, der auf dem Fuß eines Besetzers geparkt hatte (s. Foto), wurde **zurückgelegt!** 4 Bauarbeiter bezeugten, es sei schlichtweg unmöglich, weil die Handbremse angezogen gewesen sei (?). Und das Foto? Anscheinend wertlos.

Ein Besetzer wurde wegen angeblichen

"Holzdiebstahls" (bezieht sich auf Entnahme auch durrer, am Boden liegender Äste und Stämme aus dem Wald) auf der Gendarmerie festgehalten. Eine Anzeige ist wahrscheinlich.

Am 31.1. gibts in Judenburg **Prozesse** wegen Besitzstörung. Und zwar:

8.15 Uhr: ÖH-BOKU

9.15 Uhr: Peter Halpern, Peter (II), Jürgen und Bettina

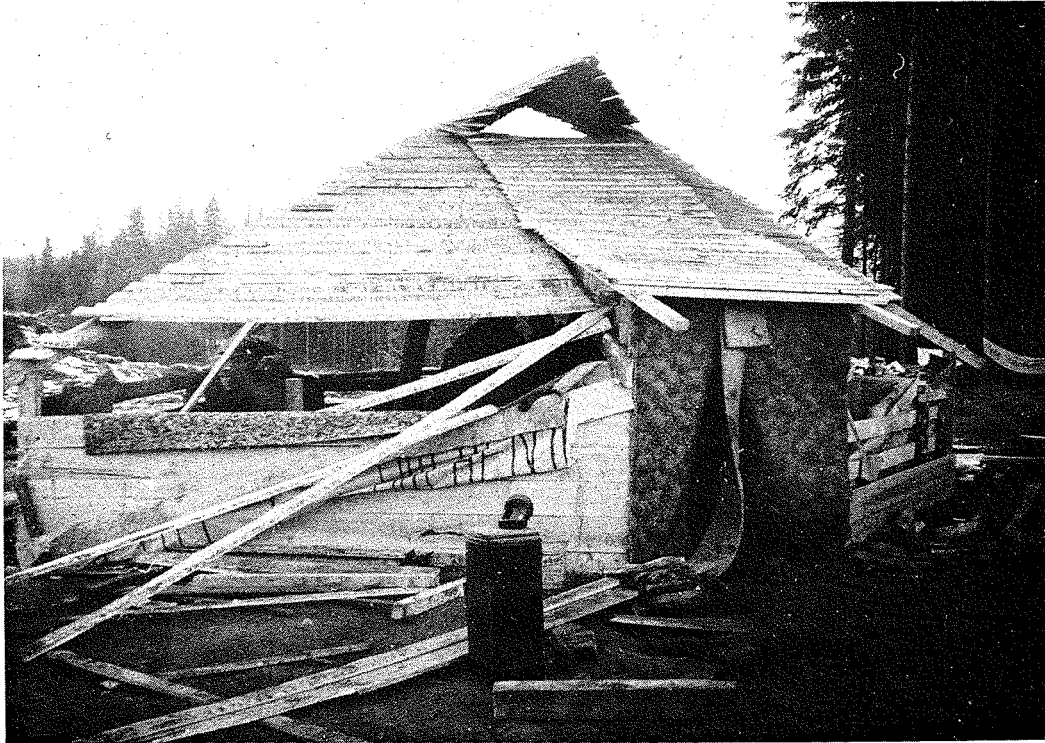
Klagenshöhe jeweils ÖS 6.000 + 8.000.-

Pikantes Detail: Peter H. war jene Person, die von einem Bauarbeiter mit dem PKW angefahren wurde (siehe TATblatt minus 78) und Anzeige erstattete, die drei anderen sind die von ihm benannten Zeugen.

Am 21.2. findet in Leoben die Verhandlung wegen Bedrohung eines Besetzers mit einer Motorsäge statt.

Rege Teilnahme an den diversen Prozessen wäre gefragt, um sie nicht völlig unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen und Solidarität mit den KraftwerksgegnerInnen zu zeigen.

Einschüchterungsversuche durch Leute, die den BesetzerInnen einen Ceausescu wünschen, gibt es weiter. So gab sich zB ein Camp-Besucher als Führer der Zeltweger Gebrauchshundestaffel aus, zeigte seinen Taucheranzug und prophezeite, in der Nacht werde man "durch die Mur kommen". ●



Das Widerstandscamp nach dem letzten Übergriff der STEWAG-Söldner am 12.1.

beziehen sich dabei auf die (nicht fix zugesagte) Erstellung eines Gesamtgutachtens, das ihren Köpfen entspringt. Die BesetzerInnen aber fordern:

— Bedarfsprüfung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, bezogen auf ganz Österreich

— Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Richtlinien des Österreichischen Ökologie-Institutes

— Einhaltung bestehender Umweltschutzgesetze

mißfiel den hohen Herren und der Vertreter der KW-GegnerInnen mußte sich, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen, schriftlich davon distanzieren und erklären, nicht *grundsätzlich* gegen das Kraftwerk zu sein (weil die anderen ja angeblich auch nicht *grundsätzlich dafür* sind). Diese Meldung geistert seither nachhaltig durch den steirischen Medienwald.

Durch rechtliche Verfolgung soll anscheinend zusätzlich die Psyche und Finanzkraft der BesetzerInnen strapaziert

ÖKOLOGIE IN WIEN (?)

(TATblatt-Wien)

Weil wieder ein Minister ergrünen möchte, gibts ab Winter dieses Jahres ein neues Studium. Es soll Ökologie heißen und an den Unis Wien und Innsbruck zu studieren sein.

Zur Verfügung gestellt wird 1 Mio Schilling, die sich Wien und Innsbruck teilen müssen, so wie 3 AssistentInnen, ebenfalls zu teilen, aber weder eine ProfessorInnenstelle noch ein eigenes Institut.

Inhalte des Studiums werden aus Geld-

und Personal-mangel aufgewärmte, schon jetzt durchgeführte, Übungen und Vorlesungen sein, an denen nur eine kleine Zahl von Personen teilnehmen kann. Um Richtlinien für die Auswahl dieser StudentInnen wurden die StudentInnen gebeten.

Die Schaffung einer rechtlichen Grundlage der Tätigkeit fertiger ÖkologInnen als GutachterInnen, wie es in anderen Ausbildungen etwa der Titel "Zivilingenieur" darstellt, scheint gar nicht erst in Betracht gezogen zu werden.

Die ProfessorInnen der Biologie feilschen

um die 3 AssistentInnen, Busek jammert über Lacina, ein paar StudentInnen versuchen eine sinnvolle Ausbildung zu organisieren, zu der nicht nur eine Handvoll Ausgelesener zugelassen wird.

Wer sich für ein Studium Ökologie (und zwangsläufig für inner-universitäre Hackln) interessiert: der Arbeitskreis Ökologie trifft sich jeden Dienstag um 10 h im kl. Seminarraum des Instituts für Humanbiologie im Biozentrum, Althanstr.(hinter der WU). ●

TATblatt

EXTRA

DISKUSSION OPERNBALL '90

TEIL 3

Am 22. Feber findet er wieder einmal statt: der Opernball. Und natürlich auch die Demo dagegen. Während einerseits schon fleißig vorbereitet wird, gibt es andererseits aber ziemlich widersprüchliche Auffassungen über Strategien und Konzepte...

Wir wollen im TATblatt Raum bieten, die dringend notwendigen Diskussionen offen zu führen. Aus diesem Grund gibt es bis zum Opernball im TATblatt das »TATblatt-Extra: Diskussion Opernball«. Da gibt es Platz für Diskussionspapiere, Stellungnahmen, Ideen, Kritik, Vorschläge etc. Außerdem fänden wir es toll, wenn gegenseitig auf die Beiträge Bezug genommen werden könnte,.... Nach dem Opernball setzen wir diese Diskussionsbeilage mit Beiträgen zur Demonachbereitung fort.

Das nächste TATblatt erscheint am 13. Februar. Alle Beiträge, die bis zum 6 Februar bei uns *eingelangt* sind, werden abgedruckt.

Bitte schickt uns Beiträge, wenn möglich, schon ein paar Tage vor Redaktionsschluß, damit wir sie auch noch eintippen können. Falls ihr einen Computer mit DOS-Betriebssystem habts, schickt uns den Text bitte auch — **zusätzlich** zum schriftlichen Ausdruck — auf Diskette (3 1/2" oder 5 1/4"), am Besten mit MS-WORD getippt, wir verstehen aber auch anderes.

Die Überschriften stammen größtenteils von uns.



Die folgenden Thesen sind als Diskussionsanstoß und – Grundlage zu verstehen. Angesprochen wird damit ein breites linkes Spektrum, das letztes Jahr verschämt den Kopf wegdrehte, ob all dieser furchtbaren Gewalttätigkeiten, statt sich zu fragen, was sich an Möglichkeiten und gesellschaftlichen Realitäten verändert hat.

Thesen zum Opernball

(SOWI-Fakultätsvertretung)

Der Opernball und die Aktionen (Demo) dazu sind für die politische Situation in Österreich wichtig: Erstens besteht die Gefahr, daß Teile der radikalen Linken (Autonome, Ägidis, alle, die militante Aktionen befürworten ...) politisch isoliert werden und anschließend zum (polizeilichen) Abschluß freigegeben werden. Es ist im Interesse der gesamten Linken, so einer Spaltung entgegen zu wirken. Zweitens verändert die durch den Opernball gerechtfertigte Aufrüstung der Polizei die Kampfbedingungen für das linke und grüne Spektrum. Drittens bietet der Opernball die Gelegenheit zur Mobilisierung von mehreren tausend Leuten und somit die Möglichkeit diese politisch "anzusprechen".

Die Vermittlung politischer Inhalte zum Opernball ist möglich und notwendig. 1987 stand die Opernballdemo im Zeichen des Protests gegen Wackersdorf, 1988 fand sie im Anschluß an die Sozialabbaubewegung statt. Bei beiden konnte einer breiten Öffentlichkeit der politische Hintergrund der Demo näher gebracht werden. 1989 gelang diese Vermittlung politischer Inhalte kaum mehr. Die Gefahr, daß die Opernballdemo zur rituellen Schlägerei verkommt, ist gegeben. Sowohl für die Demonstration (Sprechchöre, Transparente...) als auch für "die Öffentlichkeit" muß der politische Gehalt stärker betont werden. Der Opernball ist aufgrund der Arroganz, mit der auf ihm Reichtum zur Schau gestellt wird, ein guter Ansatzpunkt; sinnvoll kann eine Opernballdemo aber nur sein, wenn es ein "Vorher und ein Nachher" gibt, wenn daraufhingearbeitet wird, die Auseinandersetzung dorthin zu tragen, wo Unterdrückung, Ausbeutung und Demütigung ihren Ausgang nehmen: in Fabriken, Arbeitsämtern, Schulen...

Die Opernballdemo wird stattfinden, wahrscheinlich auch wieder mit Ausschreitungen. Das Frustrations- und Gewaltpotential dazu ist bei vielen DemonstrantInnen gegeben und muß auch ernst genommen werden. Die Gründe mögen in der Jugendarbeitslosigkeit, der alltäglichen Polizeirepression (v. a. gegen gesellschaftliche Randgruppen), der Armut usw. liegen, klar ist, daß sie Folgen der gesellschaftlichen Verhältnisse in Österreich sind und damit nicht zuletzt der Politik, die in diesem Land betrieben wird. Ob dem Frust direkt Luft gemacht wird oder, ob Provokationen der Polizei zu Auseinandersetzungen führen werden, läßt sich nicht vorhersagen. Daß die Polizei aber auch dieses Jahr wieder provozieren wird, sollte uns bewußt sein

Die Aufgabe der Linken kann es nicht sein sich zwischen DemonstrantInnen und Polizei zu stellen. Die Gretchenfrage "Gewalt ja/nein" sollte nicht zum Hauptproblem hochstilisiert werden. Unser gesellschaftliches System produziert ein großes Gewaltpotential und wenn die immanenten Widersprüche offener zu Tage treten, stellt sich die Frage, wie der vorhandene Frust genutzt werden kann. Die Aufgabe der Linken ist es also nicht, den DemonstrantInnen zu erklären, daß sie nicht schlägern dürfen, sondern deren Bewußtwerdungsprozeß über die Ursachen von Frustration und sozialem Elend zu beschleunigen. Dabei sind natürlich auch die politischen Mittel, mit denen vorgegangen werden soll, zur Diskussion zu stellen, auch die Frage der Gewalt.

Durch Demoverhalten läßt sich "überflüssige" Gewalt vermeiden. So problematisch der Begriff "überflüssige Gewalt" auch ist, es gibt eine Art von Gewalt, die durch relativ einfache Verhaltensregeln vermindert werden kann. Es gilt die Demonstrationskultur in Österreich zu verbessern, d. h. Ketten bilden, in Gruppen zur/von der Demo gehen (da werden sehr viele Leute verhaftet), kein Alk auf der Demo, Vermummung (um nicht ins Stapo – Archiv zu kommen und aus Solidarität mit jenen, die sich vermummen müssen, damit sie die Polizei nicht herausgreift). Die Bildung von Ketten erschwert den Bullen das Herausgreifen einzelner, was auch die Stimmung der Demo anheizen kann. Weiters kann dadurch die Entstehung von Panik und Hetzjagden der Bullen auf einzelne, bei denen besonders brutal vorgegangen wird, vermieden werden.

Da die Vermittlung politischer Inhalte

durch Demos schwer ist, muß vor und nach dem Opernball viel passieren. Sind Demos schon an sich keine sehr kommunikative Aktionsform, so kommt bei der Opernballdemo noch hinzu, daß diese möglicherweise nicht genehmigt wird und spätestens sobald es zu Schlägereien kommt, sie weder von den OrganisatorInnen noch von der Polizei kontrollierbar ist. Um die Demo zu politisieren, sind daher VOR dem Opernball schon Aktionen notwendig. Wichtig sind diese auch um einen breiteren SympatisantInnenkreis für den Protest zum Opernball zu gewinnen. NACH dem Opernball wird es zunächst wichtig sein der Propaganda von KroKu (= Krone & Kurier) etwas entgegen zu stellen: Artikel in linken Zeitschriften, Flugis, eventuell eine Broschüre... Neben dieser Gegenöffentlichkeit ist der Aufbau einer Infrastruktur innerhalb der Linken schon längst überfällig, um eine Aufarbeitung der Geschehnisse um den Opernball und eine Diskussion unserer weiteren Schritte möglich zu machen.

Was können wir von der SOWI¹ zum Opernball machen? Geplant ist, daß wir (= Leute, die zur Demo gehen wollen) sich vorher treffen, um einerseits über die inhaltlichen Forderungen u.ä. zur Demonstration zu diskutieren und andererseits uns vorzubereiten auf die konkreten Demosituationen, will sagen: in Ketten gehen, Verhalten in Gefahrensituationen etc. Zur Ankündigung wann&wo dieses Treffen stattfindet, soll noch ein Flugli erscheinen.

1 Social & Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät an der Uni Wien ●

Auch im Westen stinkts

Liebe Leute vom TATBLATT-Kollektiv und alle, die an der Scheiße (-ist ein wenig obszön, aber die Verhältnisse sind nun einmal so) in diesem Land NICHT mitschnuppeln wollen!!!

Ihr bekommt am 22. Februar für die Demo Verstärkung aus dem Westen. Für die ""Provinzler"" (-sind wir manchmal halt doch ein bißchen) wäre es wichtig, eine (mehrere) Anlaufstelle(n) für die Tage davor zu haben, wo wir Informationen bezüglich Aktionen vor und während der Demo bekommen. (Ist mir klar, daß es schwierig ist, so was rüber zu bringen, Feindes Ohren und Augen sind überall, dennoch, gibts einen Weg??). Weiters wäre es sehr wichtig, Adressen und Telefonnummern von Rechtshilfestellen zu bekommen, welche vor, während und nach der Demo im Falle eines (Un)Falles (d.h. im Falle, daß jemand ungewollteren "intimeren" Kontakt mit den fern – gesteuerten Systemerhaltern hat) zur Verfügung stehen.

Auch im Westen stinkts
RUMPELSTILZCHEN

Einladung zu Anti Opernball Aktionen

(Flugblatt)

zeit: 22.2.90 (im speziellen), immer (im allgemeinen)

ort: 1. wird es eine demo geben, von den gemischten, wo frau sich beteiligen kann (wenn sie will), am 22.2. ort und zeit sind den plakaten im gesamten stadtgebiet zu gegebener zeit zu entnehmen. kommt verummmt.

2. überall, wo es vergewaltiger, gerichte, reisebüros, die an sextourismus verdienen, frauenhändler, porno-shops, bullenstationen, häuserwände + banken gibt. (euch fällt bestimmt noch mehr ein).

3. überall, wo sich die internationale bourgeoisie, faschos, hohe gäste, reaktionäre politiker, zionisten, internationale bankerclique + co treffen.

in der gleichzeitigkeit und verschiedenartigkeit unserer kämpfe liegt unsere stärke — es gibt viele möglichkeiten und noch viel mehr gründe. hier sind einige:

der o-ball ist nicht irgendeine party. es ist

ein internationales treffen der miesesten, feinsten imperialisten-schweine. vertreter internationaler konzerne, hohe regierungsmglieder, wirtschaftsbonzen und bankerclique geben sich ein stelldichein. bei sekt + kaviar wird so manches geschäft abgewickelt. wir wissen nicht, wer dieses jahr zu den ehrenwerten geladenen gehört. hier ein paar beispiele aus den vorjahren. zb

hohe israelische regierungsmglieder — verantwortlich für die politik der "eisernen faust", mit dem ziel, das palästinensische volk zu vernichten.

innenminister zimmermann (brd) — verantwortlich für mörderische isolationshaft und asylpolitik

der damalige südafrikanische ministerpräsident botha — verantwortlich für die aufrechterhaltung des rassistischen apartheidsystems, in dem die schwarze klasse unterdrückt und der befreiungskampf zerschlagen werden soll.

die internationale bankerclique (iwf) —

verantwortlich für die "verschuldungskrise" im trikont (afrika, südamerika, asien). eine der bedingungen, die sie stellen, um "kredite" zu vergeben, ist, daß das jeweilige land eine bestimmte bevölkerungspolitik betreibt, die unter anderem die zwangssterilisation von frauen beinhaltet. löhnen auf, in dunklen, feuchten löchern zu wohnen, isoliert voneinander, weil in dem system, für das sie uns verfügbar machen (wollen), befreite beziehungen zueinander nicht möglich sind, worum wir kämpfen müssen, gegen sie!

uns stehts schon bei den ohren raus, die herrschende propaganda, wir frauen seien "friedensteräubchen";

wir sind aufmüptig und militant.

wir machen schluß mit der friedhofsruhe zwischen typen und frauen, schluß mit dem klassenfrieden, damit durchbrechen wir die von den unterdrückern uns zugewiesene rolle als "sanftmütige" und "verständnisvolle", "immer bereite" Ehefrau, sozialarbeiterin, geliebte, mutter, hure,... ●

BETRIFFT: OPERNBALL

wir gehen davon aus, daß krieg herrscht in dieser gesellschaft. zwischen jenen, die im besitz von produktionsmitteln wie maschinen sind und denen, die ihre arbeitskraft verkaufen müssen. zwischen hausbesitzern und hausbewohnern. kurz zwischen allen, die sich verkaufen müssen, um leben zu können, und wenigen, die leben können, weil sich die anderen an sie verkaufen müssen. also der krieg zwischen kapital und lohnarbeit.

mit anderen worten: dieses gesellschaftssystem, der kapitalismus, baut auf einem machtvhältnis auf. auf gewalt eben, die immer vorhanden ist. meistens sehr gut versteckt, manchmal auch weniger gut, aber immer da ist: am arbeitsplatz, in der schule, am sozialamt, in der zimmer-küche-wohnung, in der u-bahn. diese gewalt hat viele gesichter, das des werkmeisters genauso wie das des lehrers, des kaufhausdetektivs wie das des schwarzkaplers, oder das des bullen. die alle dafür sorgen, daß alles möglichst reibungsfrei weiterläuft, so, wie es die mächtigen wollen, damit sie in ruhe ihren reichum vermehren können.

das beantwortet für uns auch die sogenannte gewaltfrage: wenn dieses system auf einem gewaltvhältnis aufbaut, müssen wir dieses vhältnis zu unseren gunsten verändern. das ist das ziel, und die mittel um es zu erreichen, können verschieden sein, je nach der situation: blockade oder mollie, flugblatt oder stein. oder alles zusammen, das bedeutet für uns militante politik.

daß die mächtigen alles tun, um dieses gewaltvhältnis zu verschleiern, ist von ihrem standpunkt her verständlich. dazu haben sie auch die sozialpartnerschaft und den of, ombudsmänner und betriebsräte,

schülerbeirat und die grünen, selbstverwaltete betriebe und wohnprojekte. für uns aber ist es wichtig, aufzuzeigen, daß es dieses gewaltvhältnis und diese widersprüche gibt und geben wird, solange dieses system besteht.

deshalb war für uns der opernball letztes jahr gut und wichtig: weil er genau das klargemacht hat, die widersprüche offen gezeit hat. das gewaltvhältnis offen-sichtlich war, während es den rest des jahres versteckt in form von alkohol und tabletten, kleinfamilienterror und wohnhaft auftritt. und: jeder für sich alleine, individuell, damit konfrontiert ist. in der isoliertheit, die für das system wichtig ist, weil niemand allein wirkungsvoll widerstand dagegen leisten kann. auch deshalb war der opernball 1989 wichtig: weil wir uns gemeinsam, kollektiv gewehrt haben. und der kampf um ein befreites leben nur kollektiv

geführt werden kann. die mächtigen wissen das sehr genau. das ist es nämlich, wovor sie angst haben: daß wir uns zusammen tun und uns gemeinsam organisieren, kollektiv kämpfen.

das ist am 22.2. bei der demo wichtig, aber nicht nur dort, sondern das ganze jahr: in unserem stadtteil, wenn wir uns gegen rasmus und fremdenfeindlichkeit wehren wollen, gegen sanierungspolitik und yuppies. in unserem haus, gegen vermierter und delogierungen, gegen typen, die frauen schlagen und vergewaltigen. am arbeitsplatz und in der schule, gegen nazis und vorge-setzte. beim klauen und bei brüchen:

überall gilt: gemeinsam, solidarisch, kollektiv

eine autonome gruppe ●



Universitätsdirektor: TU für DemonstrantInnen schließen

(ANNA)

In der letzten Sitzung des Akademischen Senats der TU Wien kam es zu einem Antrag der Universitätsverwaltungs-Direktion, der folgendes beinhaltet:

Aufgrund einer geplanten Opernball-Demonstration am 22.2.90 sollten Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, die ein Eindringen von DemonstrantInnen und eventuelle Sachbeschädigungen verhindern sollen. Der Verwaltungsdirektor Dr. Schranz wies darauf hin, daß voriges Jahr von der HTU Wien ein Beratungsdienst eingerichtet wurde (Rechtshilfe), der DemonstrantInnen dazu verleitete, in der TU Wien ein und aus zu marschieren. Solches könnte heuer nicht mehr geduldet werden, denn die TU-Räume wären dadurch in Gefahr (Sachbeschädigungen).

Die Konsequenz für Dr. Schranz und dessen Albtraum-Vermeidungsstrategien: komplettes Räumen der gesamten TU-Gebäude, Austausch aller Zylinder-Schlösser und Schließung sämtlicher Notausgänge.

Da es aber, wie StudentInnen und auch einige Professoren berichten konnten, voriges Jahr zu keinerlei Ausschreitungen innerhalb von TU-Gebäuden gekommen war, wurde seine Argumentation als haltlos empfunden. Da zudem noch festgestellt wurde, daß eine Räumung der Gebäude eine Diskriminierung der HTU (Hochschülerschaft an der TU Wien) darstellen würde, sowie eine Einschränkung ihres Tätigkeitsbereichs.

einigte man sich schließlich auf eine normale Schließung aller TU-Gebäude um 20.00 Uhr.

Für die HTU ist es vollkommen klar, daß im Sinne der Wahrnehmung des allgemeinen politischen Mandates bei derartigen, politisch brisanten Auseinandersetzungen ein Mindestmaß an eigenbestimmtem Engagement notwendig ist. Rechtsstaatliche Hilfestellungen wie Rechtsberatung und Notverarztung (protokollarisches Festhalten von Ereignissen) heißt humanitäre Prinzipien wahrnehmen und wird wahrscheinlich auch überall geschätzt, solange dies nur im Ausland stattfindet (Ost-Europa), aber nicht bei Konflikten im eigenen Lande. DemonstrantInnen, die durch Polizeiübergriffe zur Benutzung solcher Infrastruktureinrichtungen gezwungen werden, haben sicher nicht die Absicht, die TU in einem vandalistischen Akt zu zerstören. Die Schließung und Räumung der Universität wäre das Ausrufen eines Ausnahmezustandes, es würde ein Präzedenzfall mit unabsehbaren Folgen für die Autonomie sämtlicher österreichischen Universitäten geschaffen.

Letztendlich der Beschluß des Senats: die Gebäudekomplexe Getreidemarkt, Freihaus und Hauptgebäude werden am 22.2. um 20.00 Uhr (ohne Räumung) gesperrt, die Notausgänge bleiben offen und die Schlösser dort, wo sie sind.

Ob der Vorschlag des Universitätsdirektors auf dessen eigenem Mist gewachsen ist, oder ob es dazu einiger Denkanstöße

anderer Behörden bedurfte, bleibt bei dieser Vorgangsweise fraglich.

IST BIG BROTHER WATCHING YOU ?

Deshalb lädt die Hochschülerschaft an der Technischen Universität zu einer Diskussions- und Informationsveranstaltung ein:

- zum Erscheinen des amnesty international Berichtes:
"Österreich: Folter und Mißhandlung"
- zu den Themen Polizeibefugnisgesetz und Verwaltungsstrafverfahren in Österreich
- zum Vergleich der Situation der Menschenrechte in anderen europäischen Ländern

DiskussionsteilnehmerInnen:

- Peter Pilz, Abgeordneter zum Nationalrat, Grüne Alternative
 - ein(e) Vertreter/in des Vereins "Bürger beobachten die Polizei"
 - Dr. Thomas Prader, Rechtsanwalt
 - Paul Yvon, Redakteur "profil" (angefragt)
- Termin:
Donnerstag, 22. Februar 1990, 17.00 Uhr
Technische Universität Wien, 1040 Wien,
Wiedner Hauptstraße 8-10
Großraum der HTU (Hochschülerschaft an der TU Wien) im 1. Stock des Freihauses ●

TATblatt

FEST...FEST...FEST...FEST...FE

gegen das Böse auf der Welt

am 1. Feber ab 19 Uhr

in der KULT-FARBIK (14, Matznergasse 8)

es musizieren für Sie:

★ StGB 246

(die autonome Kultband der späten 80er)

★ Prozeß

★ Folklore aus Türkei & Kurdistan

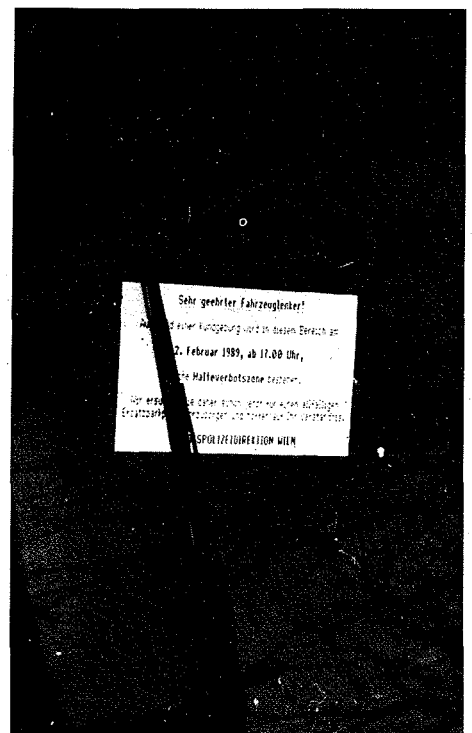
+ REVOLUTIONÄRE TOMBOLA

UND

Die Ausstellung

» Schluss mit dem faulen Frieden «

EINTRITT:
50,-



Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des **MATHIAS N.**

Was bisher geschah:

In der Nacht vom 27. auf den 28. September 1989 beanspruchte eine Gruppe revolutionärer FreundInnen einen — wie sie ihn nannten — »Schweinekonzern«. Besonderes Augenmerk legten sie dabei auf die Vermeidung jeglicher Spuren. Die Polizei tappt im Dunkeln.

Was noch geschah:

Ein zu Mathias' eigenen Händen bei einem Postamt hinterlegter behördlicher RSA-Brief wurde von Mathias in letzter Minute behoben. Bei dem Schreiben handelte es sich um eine Vorladung der Bundespolizeidirektion Wien zur Ausführung eines Einspruches gegen eine Verwaltungsstrafe, deren Verhängung schon fast ein Jahr zurückliegt. Mathias hatte dereinst an einer nicht angemeldeten Kundgebung teilgenommen, die mit einem nicht zimperlich durchgeführten Exekutiv Einsatz geendet hatte, der mehrere Festgenommene forderte.

Zum Mißfallen Mathias' lautete der Ladungstermin auf den Tag, zwei Tage vor jenem Tag, an welchem er den Brief beim Postamt abgeholt hat. Mathias legte den Brief bis zur Klärung der gegenständlichen Rechtslage auf einem ungeordneten Zeitungstapel neben seinem Bett ab.

Was schließlich auch noch geschehen ist:

Anläßlich des unaufhaltsam entgegennahenden Opernballs heckten die FreundInnen einige Aktionen aus, die sie in der Woche vor dem Opernball in die Tat umsetzen wollten.

Wir schreiben Montag, 18. Feber 1990.

Folge 7: Der bleiche Hauch des Fiaskos

»So was Blödes«, fährt es Mathias durch den Sinn, zum zwölften Mal schon, während er hier die Schaufenster dieser Straße entlangläuft, in die er eben erst bei der letzten Straßenkreuzung eingebogen ist, nachdem er, seit er losgerannt ist, an jeder Ecke abgebogen ist, um seinen Verfolger zu verwirren oder abzuhängen. Falls dieser ihn überhaupt noch verfolgt, oder falls dieser ihn überhaupt je verfolgt hat. Sich die Mühe zu machen, dies herauszufinden, hat Mathias allerdings keine Lust, und noch weniger hat er Zeit dafür. Weg! Nur weg! Nichts wie weg!

Eigentlich hat es ja ganz gut angefangen, abgesehen davon, daß sich Mathias seit ein paar Tagen schon (wieder einmal) nicht in der richtigen Stimmung wähnte. Aber heute morgen... Zwei »Straßensperren« haben sie schon erfolgreich fabriziert, und diese gerade eben, die dritte, schien auch problemlos zu klappen.

Zwei Molotow-Cocktails warfen sie, Schlagbällen gleich, auf die Fahrbahn der Straße, als gerade — infolge einer nahen Verkehrsampel — kein Auto vorbeifuhr, und sich auch keines näherte. Flammen flammten auf. Dann warfen sie zwei Flaschen Heizöl nach, die dem Feuer für längere Zeit hin Nahrung sein sollten. Zuletzt warfen sie noch ein Bündel kopierter Opernball-Flugblätter ins Feuer, ärger-

ten sich noch rasch, weil eigentlich hätten die Flugis unbeschadet auf der Straße herumliegen und ganz und gar nicht verbrennen sollen und rannten schließlich — jedeR in eine andere Richtung — davon. Die ersten paar Meter war es natürlich nicht wirklich möglich, tatsächlich in verschiedene Richtungen zu laufen, denn freilich war es nicht sehr ratsam, den erregten AutofahrerInnen entgegenzurennen. Schon an der nächsten Ecke aber wollten sie sich trennen.

Daß kein Polizist in der Nähe war, haben sie vorher durch Augenschein festgestellt — glaubten sie zumindestens. Daß sich unter den, während des Molli-Gebrauchs an der Ampel wartenden Autos kein Polizei-Wagen befindet, hat eine ca 150 Meter weiter vorne stehende Person, mit der sie sich mittels Handzeichen ständig hatten, überprüft. Und trotzdem.

Wie sie da so weglaufen, verummumt noch — die Vermummung wollten sie erst nach der ersten Ecke runternehmen, falls irgendeineR fotografieren sollte, oder sonst was... —, kommt plötzlich ein einsamer junger Sicherheitswachebeamte auf Fußpatrouille um die Ecke.

»Öha!« sagt dieser kurz angebunden. Die GenossInnen erschrecken unversehens und bleiben stehen, als wären sie ob des Anblickes erstarrt. Bloß Horst läuft un-

beeindruckt weiter, schneller noch, als zuvor. Isabella faßt sich ziemlich rasch und brüllt das Exekutivorgan an: »Schleich di!«. Dieses denkt jedoch nicht daran. Vielmehr greift es zu seiner Dienstpistole.

Isabella läuft los und stößt dabei den Beamten unsanft zur Seite. Auch die anderen laufen weg, unter ihnen Mathias N. Ob er auch wirklich in eine andere Richtung läuft wie die Anderen,... ob der Polizist ihm folgt, oder irgendeiner oder irgendeinem Anderen,... oder vielleicht gar keineN verfolgt, weil er sich nicht zu entscheiden vermag,... all das weiß Mathias in diesem Moment nicht. Er rennt bloß, rennt und rennt und rennt. So schnell, wie er vielleicht seiner Leb'Tag noch nie gerannt ist. Von weitem nurmehr vernimmt er den fernen Ruf »Stehenbleiben, Polizei!«. Im Geist erwartet Mathias den auf diesen Ausruf fast zwangsläufig folgenden Schuß. Er erinnert sich an die Worte, die ein Polizist irgendwann einmal — war's vor einem Jahr, oder vor zwei? — während einer Demo mit verschmitztem aufgesetzten Lächeln an ihn gerichtet hat: »I schiaß zuerst prinzipiell amoi grad, und mach erst nachher an Warnschuß in'd Luft, weil i bin a ned deppard... Die Reihenfolge kann ma nachher neamd mehr beweisen.«

»Was tun, wenn dieser Beamte es jetzt genau so handhaben sollte? Und was tun,

Wie inzwischen wohl gemeinhin bekannt, haben unsere prärevolutionären FreundInnen seit der ersten Folge an gewissenhaft jede Form von möglichen Spuren stets zu vermeiden getrachtet. Wie sie auf die Vermeidung der Spuren geachtet haben, ist in den TATblättern ab TATblatt minus 84 (ausgenommen minus 80) ausführlich beschrieben. Alle diese TATblätter sind bei uns übrigens noch lagernd. Die bisher erschienenen Mathias N.-Folgen sind übrigens auch gesammelt, und mit Heftklammer zusammengeheftet, zum Preis von \$ 20, — inkl. Porto erhältlich. Einfach ein zugespicktes Kuvert ans TATblatt schicken, mit einem Bestellszettel und einer Zwanzig-Schilling-Banknote darin. Die Handlung dieses Kriminalromans ist übrigens frei erfunden, jede Ähnlichkeit mit irgendwelchen Leuten, Sachen oder sonstwas ist unbeabsichtigt, zufällig, aber vielleicht nicht ganz und gar unrealistisch.

wenn ich nun tatsächlich im nächsten Moment eine Kugel in mir spüre. Und wie, verdammt noch mal spürt sich das eigentlich an?« Fragen über Fragen, die zu beantworten es Mathias an Ruhe fehlt... er läuft und läuft und läuft. Der Schuß bleibt aus. Kein Schuß! Nichts! Ob ihm der Polizist eigentlich noch nachläuft?

Mathias flüchtet in die Menschenmassen bei einer U-Bahnstation. Ein rettender, ihn fortzuführen im Stande gewesener Zug fährt ihm freilich vor der Nase davon. Im Schutz der Massen läßt sich Mathias wieder zum Ausgang der Station treiben und begibt sich mit unzähligen anderen Leuten, zu einer Straßenbahnhaltestelle. Er besteigt den nächstbesten Zug und fährt damit fast bis zur Endstation. Nur zwei oder drei Stationen vorher steigt er aus. Genau zu bestimmen, wo er eigentlich ist, gelingt ihm nicht, weil er sich nicht auskennt und die Tonband-Stationsansage etwa drei oder vier oder fünf Stationen hintennachleiert. Was bloß mit den Anderen inzwischen ist?

Sie hatten sich ausgemacht gehabt, sich rund eine Stunde nach der Aktion in einem bestimmten, gewöhnlich gut besuchten Kaffeehaus zu treffen. Dort wollten sie sich vergewissern, daß sie eh alle gut und unbeschadet davongekommen sind. Falls irgendeineR fehlen sollte, wollten sie dann die notwendigen Schritte einleiten. Doch was könnten das für Schritte sein? Sie könnten ja schließlich nicht einfach bei der Polizei anrufen und fragen, ob der oder die, geben dann und dann, wohnhaft dort und dort, vielleicht zufällig gerade festgenommen worden ist. Anzurufen und mit erbostem Unterton zu fragen, ob die Verantwortlichen für diese feige Straßenblockade erwischt und ihrer gerechten Bestrafung zugeführt wurden, und wenn ja, wie sie heißen, ist auch nur unwesentlich klüger.

Eigentlich war dieses Treffen im Café ganz darauf ausgelegt, sich nach der Aktion zu treffen, sich des glücklichen Ausganges zu erfreuen und erleichtert festzustellen, daß alle da sind.

»Was aber ist...?«, fragt sich Mathias N., wie er, eben der Tramway entstieg, gerade irgendwelche Gassen, die er noch nie zuvor gesehen hat, entlanggeht, »wenn irgendeineR dawischt worden ist...?« Er erinnert sich, wie er das letzte Mal — vor zwei Jahren etwa — festgenommen wurde, und wie er den Gummiknüppel auf den Kopf und den Rücken gedroschen, in den Bauch und auf die Hoden gestoßen bekommen hatte. Das Nylonsackerl über den Kopf, das kennt er nur aus den bürgerlichen Zeitungen, aber sowenig er diesen sonst glaubt, das glaubt er ihnen.

Natürlich haben sie es sich vorher genau vorzustellen versucht, wie das so sein könnte, falls irgendeineR oder mehrere

festgenommen werden, und wie dann so eine Verhörssituation ausschauen könnte. *Nichts — absolut nichts aussagen!* Erst gar nicht damit anfangen, auf irgendwelche Fragen zu antworten, auch wenn sie noch so belanglos sein sollten. Das lockert bloß die Zunge. Die Grenze zwischen dem, was mit der Sache was zu tun haben könnte, und was nicht,... was gefährlich werden könnte, und was nicht, die kann eineR in einer solchen Situation nur sehr schwer ausmachen. In diesem Gefühlschaos zwischen Angst, Verzweiflung, Demütigung, Panik, dem Gefühl des Ausgeliefertseins und der Selbstunterdrückung unberechtigter Hoffnungen, die eigene Haut vielleicht durch ein paar Zugeständnisse an die quälenden Beamten zu retten.

Egal, wie sich die Beamten verhalten, ob sie auf brutal, selbstherrlich oder freundlich, oder abwechselnd mal so und mal so tun, ihr Verhalten ist immer nur taktische Heimtücke, mit dem einzigen Ziel, dich dazu zu bringen, daß du redest. Des Öfteren spielt der eine Kieberer den bösen und ein anderer den guten, bei welchem man/frau sich dann ausweinen kann, dem man/frau alles erzählen kann.

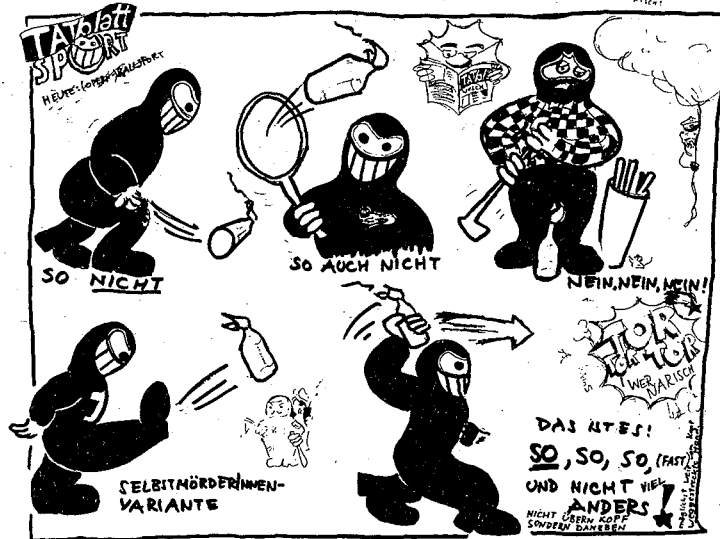
Mathias ist sich nicht hundertprozentig sicher, daß er in solchen Situationen ohne Probleme den Mund halten kann.

Was aber ist gar, beginnt sich Mathias den Kopf zu zerbrechen, wenn irgendeineR festgenommen worden ist und die

Anzug, Hemd, Krawatte, wohl längerem aber ordentlich hinten zusammengebundenen dunklen Haaren, Dreitagesbart und Aktenkoffer — zündet sich unweit von Mathias eine Zigarette an. Mathias sammelt alle verbliebenen Reste seines Mutes zusammen, geht auf den Mann zu und setzt an, ihn nach dem Weg zu fragen. Er hat schon den Mund offen, wie er auf dem Aktenkoffer eine wirre Ansammlung von Aufklebern entdeckt. »Unser Heer.« »Ich bin stolz darauf, Österreicher zu sein.« »Ich bin stolz darauf Deutscher zu sein.« Mathias' Blick schweift noch über einen Aufkleber, der beweist, daß selbst Ungeborene bereits Fingerabdrücke hinterlassen könnten, bis er endlich vergißt, was er eigentlich fragen wollte. »Ja?« erwidert der adrette, Mathias gegenüberstehende Jungmann in schönstem Altschönbrunner Aksau auf die ungestellte Frage des Mathias N: Mathias schließt seinen Mund und räuspert sich. Dann dreht er sich um und macht sich selbstverwaltet, bar jeder Basisinformation, auf die Suche nach irgendeinem Verkehrsmittel, was ihn einigermaßen in Richtung Kaffeehaus bringen könnte.

Geschlagene 75 Minuten zu spät betritt Mathias N. schließlich angstgequält das Café. Als allererstes läßt er seinen Blick über die Gäste des nicht unnoblen Lokals schweifen, während der Ober im Gegenzug ihn mit stechenden Blicken mustert. Einige

SEIT ERSCHEINEN DER LETZTEN MATHIAS-N-FOLGE ERREICHTE UNS ZWAR NUR EINE EINZIGE ANFRAGE (UND ZWAR VON MIR, ANM. D. ZEICHNERS), WIE DENN BITTE EIN SCHLACBALL GEWORFEN WERDE. WEIL ICH MITLERWEILE VOLLER STOLZ DESSEN WISSEND GEMACHT BIN, HIER EIN VERGLEICH VERSCHIEDENER BALLWURFTECHNIKEN IM KONKRETEN ANWENDUNGSFALL „MOLOTOW-COCKTAIL“



Kieberer aus dieser Person den Treffpunkt im Kaffeehaus herausgeprügelt haben. Dann bräuchte die Häh (mundartlich für Polizei; Ann) bloß nur mehr hinfahren und die bei Kaffee oder Tee regelrecht auf sie wartenden AktivistInnen abholen. Mathias hat irrsinnige Angst. Er blickt auf die Uhr. »Jessas!« Eigentlich sollte er in zehn Minuten beim Café sein. Wo aber ist er jetzt eigentlich? Und wie kommt er von da weg?

Ein etwa gleichaltriger junger Mann, lediglich mit adretterem Äußeren —

der Gäste tun es ihm gleich. »Ein sonderlich unauffälliger Treffpunkt ist das auch nicht gerade« denkt Mathias, der die Blicke ganz deutlich spürt. Ob da wohl die Blicke von Staatspolizisten darunter sind, die schon auf ihn warten?

Seine FreundInnen findet er nirgends. Hinterzimmer gibt's da auch keines. Sie sind nicht da!

»Was kann das bedeuten?« fragt sich Mathias wieder auf der Straße zurück. Ob die Polizei schon da war und die andren geholt hat? Oder haben sich die Anderen

bloß bereits auf die Suche nach Mathias begeben? Oder sind sie einfach schon weg gegangen? Oder wurden sie alle noch vor Ort verhaftet? Er blickt sich nach einer Telefonzelle um, braucht aber nicht lange zu suchen, weil keine zehn Meter vom Kaffeehaus eine steht. »Scheisse! Ich hab ja keinen Kalender dabei«, fällt es ihm ein. Darinnen hätte sich nämlich sein Telefonnummernverzeichnis befunden. Bei solchen Aktionen laßt er das aber freilich immer zu Hause. Auch bei Demos nimmt er es nie mit.

Im Falle einer Festnahme würden die, im Telefonverzeichnis notierten FreundInnen Mathias' unversehens Aufnahme in die Akte der Staatspolizei finden. In der gegenständlichen Situation wären sie gleich verdächtig, KomplizInnen bei der Planung und Durchführung der Straßenblockaden zu sein.

Auch andere Sachen hat Mathias ganz bewußt nicht mit. Alle — er, wie auch seine FreundInnen — haben vorher ganz genau ihre Taschen durchsucht, ob nichts, aber auch gar nichts, drinnen ist, was die Polizei zu irgendwelchen blöden Fragen verleiten könnte. Alte Flugblätter, Pickerl, Notizen,... oder auch nur fragwürdige Papierflankerl von irgendwelchen Texten. Oder gar Spuren vergangener Aktionen.. etwa von Sprayerein herrührende Farbspritzer.

Angestrengt versucht Mathias, nachdem er einen Schilling in einen Telefon-Automaten gesteckt hat (nach vorheriger Hörer-Abnahme, und der Abwartung der Erstertönung des Freizeichens, versteht sich), eine Telefonnummer aus dem Gedächtnis zu rekonstruieren. Es gelingt ihm nicht. Hingegen gelingt es ihm zumindestens, seine übrigen

Gedanken einigermaßen zu ordnen, und so kommt es ihm langsam aber unaufhaltsam in den Sinn, daß es ohnehin eigentlich alles andere als ratsam sein dürfte, *jetzt* zu telefonieren, angesichts der herrschenden Situation, wo zumindestens nur wenig dagegen spricht, daß irgendeineR Meier gegangen ist (Meier: umgangssprachlich für: einer Festnahme unterzogen; Anm). Die Polizei würde in einem solchen Falle bestimmt sofort darangehen, die Telefonanschlüsse anzuzapfen. Wenn Mathias jetzt irgendwo dort anruft, liefert er den lauschenden Staatssicherheitskräften bestes authentisches Beweismaterial, verbunden mit einem 1A-Geständnis, frei Haus. So verschlüsselt zu reden, daß er sich nicht im Geringsten verplappert, das traut sich Mathias *jetzt* ganz bestimmt nicht zu. Er hängt den Hörer wieder auf seinen Platz zurück; der Schilling nimmt seine Bahn quer durch den Automaten zum Geldrückgabefach, wo ihn zu entnehmen Mathias unbedachter Weise aber vergißt. Jetzt erst sieht er anhand spärlicher, fast bis zur Unlesbarkeit weggefetzelter Reste eines gelben Aufklebers, daß die Benutzung dieser Telefonzelle noch bis vor kurzem Helmut Zilk vorbehalten war.

Plötzlich hört er es klopfen, an einer Scheibe der Telefonzelle. Er zuckt zusammen. »Hias! Hallo! Huhu!« *Hias* — jener Spitzname Mathias', der ihm seit dem vergangenen Sylvester-Abend nachhängt, an dem er und einige seiner FreundInnen beisammen gesessen sind und einmal kurz den Fernseher eingeschaltet hatten, um sich gemeinsam mit der überwiegenden Mehrheit der Mitbevölkerung am Musikantenstadl zu erfreuen. Irgendeinem oder irgendeiner (wahrscheinlich der Isabella, aber so genau kann sich keineR mehr erinnern) ist es

dabei eingefallen, daß Hias die Kurzform von Mathias ist, oder wenigstens sein könnte. Seitdem wird Mathias diesen Namen nicht mehr los. Da hilft kein Jammern und kein Flehen, einmal gedachte Gedanken lassen sich nicht mehr zurücknehmen.

Zitternd und langsam — oder war es doch schnell?, Mathias kann das nicht mehr unterscheiden, sein Blut war ihm in einer gewaltigen Fontäne in den Kopf gestiegen, daß es ihm fast schwarz vor den Augen geworden ist — dreht er sich zu der geklopften Scheibe hin. Horst steht dahinter. »Mei, Super, daß'd da bist!« Mathias wurschelt sich durch die Doppelschwungtür der Telefonzelle und fällt Horst um den Hals. Sie drücken sich ganz fest. »Aber, was ist mit den Anderen?«

14.25 Uhr. In einigen Banken, Ministerien, Firmensitzen und einer Schule läuten die Alarmglocken. Bislang unbekannte TäterInnen haben die bei Bedarf zu betätigenden Druckknöpfe der Brandmeldeanlagen bar jedes Bedarfs im *eigentlichen* Sinne betätigt. In BekennersInnen schreiben, die Tags darauf ohne irgendwelche Fingerabdrücke oder sonstige Spuren beim *TATblatt*, bei der *akin*, und bei *Anna* eintreffen, und die dort, wie auf einem Begleitschreiben erbeten, abgetippt und in der abgeschriebenen Form an bürgerliche Medien weitergeleitet werden, bekennt sich ein bislang unbekanntes »Kommando fünf vor halb drei« zu der Aktion.

Der *TATblatt*-Serienkrimi »Hoppala — Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.« findet schon in 14 Tagen seinen Fortgang.

TATblatt...

alles über das Böse auf der Welt
alle 14 Tage brandaktuell

TATblatt-Extra, das ist die Diskussionsbeilage zum *TATblatt*. Und das *TATblatt* ist eine selbstverwaltete linke 14-Tages-Zeitung.

Falls du nur das *TATblatt-Extra* in den Händen hältst, so sei dir hiermit auch der Rest der Zeitung empfohlen. 24 Seiten mit aktuellen Nachrichten und Hintergrundartikeln, von überall dort, wo Widerstand geleistet wird, oder wo dies eigentlich notwendig wäre. Dazu Tips, Termine und vieles andere obendrein.

Das *TATblatt* ist in (einigen wenigen) linken Buchhandlungen und Beisln erhältlich, oder bei unseren HandverkäuferInnen, oder, am Besten, direkt bei uns: Wenn du willst, so bestelle die aktuelle Nummer zum Preis von S 10, — (in Briefmarken einem Kuvert beilegen), oder ein kostenloses Probeexemplar: Dann schicken wir dir das nächste *TATblatt* gratis zu. Falls du ein ABO bestellen möchtest, so kannst du dies durch Einzahlung des Abopreises von S 96, — für zehn Ausgaben auf unser Konto P.S.K. 7547 212 (lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) tun. Erlagscheinvordrucke liegen jedem *TATblatt* bei.

Alles klar? Wenn nicht, schreib uns, oder ruf uns an.

**TATblatt; 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11.
Telefon: (0222) 57 49 543.**



OPERN-BALL-KALENDER

29.1.

boku türkenwirt (wien 19., peter jordanstr.)
16h AUSSTELLUNG
19h video: 9 tage hinter barrikaden
amerling-haus (wien 7., stiftgasse 8)
18h AUSSTELLUNG

30.1.

boku türkenwirt
19h veranstaltung: widerstand in österreich
video: gaga-film
amerling-haus
18h AUSSTELLUNG

31.1.

boku/türkenwirt: 16h AUSSTELLUNG
amerling-haus
19h GROSSPLENUM zur opernballdemo

1.2.

kult-farbik (14, matznergasse 8)
19h **tatblatt-fest** gegen das böse auf der welt
(kurdische tanzgruppe, stgb 246 live, disco:
reggae/punk/ hip hop / metal / lambada /
hippie, ausstellung mit allen videos

2.2. bis 5.2.

club international (wien 16., yppenplatz)
AUSSTELLUNG

6.2.

GE-zentrum brücke (wien 1., wippling-
erstr.23)
19h politisches gespräch: wie grün sind uns
die grünen? parlamentarismus und/oder re-
volutionäre politik
club international: AUSSTELLUNG

7.2.

amerlinghaus:
19 uhr: OPERNBALL-GROSSPLENUM
GE-zentrum brücke: AUSSTELLUNG
club international: 19h: diskussion: schutz
vor polizeiübergriffen auf demos

8.2.

flex (wien 12., arndtstrasse 51)
20h: AUSSTELLUNG, hip-hop-disco & videos
club international: 20h: video: tiempo de
victoria (film der fmln — el salvador)

9.2.

kanal (schwertberg, joseftal 21) AUSSTEL-
LUNG, diskussion und videos
flex: konzert: ratex XXX

10.2.

flex: 20h: diskussion: was tun mit skins &
faschos?
kapu (linz, kapuzinerstr. 36): 19h: AUSSTEL-
LUNG, diskussion & videos,

11.2.

kuku (wien 6, linke wienzeile 98): AUSSTEL-
LUNG

12.2.

kuku: 19h: diskussion: autonome gruppen
+ kp: gemeinsamer widerstand — gemein-
same diskussionen?
wien-heiligenstadt: 15h: aktionen für die ab-
schaffung des bundesheeres.

12.2. - 15.2.

AUSSTELLUNG in graz: ganz autonom von
graz organisiert: wann? wo? bitte in graz er-
fragen

STEINE SIND KEINE ARGUMENTE ?!
CORNFLAKES AUCH NICHT ?!
FLUMIS SIND UNPOLITISCH !? ★

das klirren der scheiben mag es sein, das
viele leute davon abhält so einen stein durch
so eine scheibe zu setzen. doch jedes utensil
kann verschieden verwendet werden... - wie,
das zeigt die wunderbare dokumentation:

SCHLUSS
MIT DEM FAULEN FRIEDEN
★ 22.2. SCHWARZENBERG PL. 19^A ★

gezeigt werden aktionsformen aus der
spassguerilla und von überhaupt zum sel-
bermachen

IMP: M. NOVAK, ACEC

14.2.

wuk (wien 9, währingerstraße 59), stiege 5, 2.
stock
19h: diskussion: ist der opernball unser
größter feind?

15.2.

NIG uni wien:
19h: podiumsdiskussion: widerstandsfor-
men mit: sonja puntscher-riekman (grüne),
einE von global 2000 (aktionsgruppe),
m.novak (einE autonomEr), werner vogt,
walter bayer (zk der KPÖ)

16.2.:

heute ist besonders viel zeit für eure ganz
persönlichen widerstandsaktionen

17.2.:

kunst & co (innsbruck, tschamlerstr. 3)
19h: AUSSTELLUNG, diskussion und videos

18.2.

kunst & co - innsbruck: AUSSTELLUNG
bach-beisl (wien 16., bachgasse 21): AUS-
STELLUNG

19.2.:

kunst & co - innsbruck: AUSSTELLUNG
bach-beisl: 19h: video und diskussion über
widerstandsformen

20.2.

amerling-haus:
19h: opernball-großplenum
oper: 17h: demo gegen die verschlechterung
des mietrechtsgesetzes

21.2.:

urania (wien): 16h: fahraddemo "schnelle
speiche" mit spontaner routenplanung atem-
schutz gegen die abgase mitnehmen!! (un-
bedingt pünktlich sein!!!?)
oper: 20h: demo: katzenmusik vor hotels

22.2. endlich:

FRIEDE DEN HÜTTEN —
KRIEG DEN PALÄSTEN
ANTI-OPERNBALLDEMO 1990
treffpunkt: 19h schwarzenberg-
platz

in allen bezirks-koats: 19h: diskussion über
den amnesty-bericht

24.2.:

uni-rampe (wien)
17h: demo für die gefangenen
falls leute festgenommen worden sind,
gehen wir sie besuchen.

Die "Initiative Neue Linke"

zwischen Marx und F.J. Strauß

(Tatblatt-Wien)

Das TATblatt ist in guter Gesellschaft. Mit Zeitschriften wie "Konkret" oder dem Hamburger "Arbeiterkampf" in einer Front (aber auch mit schwarzen Schafen wie dem "Standard") haben wir unbewusst und ungewollt indirekt für faschistische Bevölkerungs politik geworben.

Erinnern sie sich noch an Salman Rushdie? Und erinnern sie sich auch noch an jenen Artikel der TATblatt -81 Ausgabe, in der wir einen kleinen, unabhängigen Freiburger Verlag ins Licht rückten, weil er es gewagt hatte, ein Portait des Autors Salman Rushdi auf der Buchmesse in Frankfurt zu präsentieren. Das Geld, daß der "Ahriman Verlag" mit seinem Coup (nicht zuletzt Dank der massenhaften Gratiswerbung) gemacht hat, wird mit Sicherheit nicht "unproduktiv verzehrt", sondern reinvestiert: Der Ahriman und seine Hintermänner und -frauen propagieren mit großem Werbeaufwand unter anderem die zwangsweise Tätowierung HIV-Positiver!

DIE WAHRHEIT ÜBER MARX, FREUD UND REICH

Das Ende der 68er ist der Anfang der Geschichte. Ein Freiburger Diplompsychologe, Fritz Erik Hoevens, scharf eine Gruppe jener, die den Sprung in die K-Gruppen versäumt haben, um sich und verpaßt der neuen Gemeinschaft den klingenden Namen "Marxistisch-Reichistische Initiative" (MRI). Als einzig wahre NachlaßverwalterInnen von Marx und Reich erklären Hoevens und die MRI der staunenden Welt, woran alle Revolutionsversuche WIRKLICH gescheitert sind: Die revolutionäre Bewegung der Weimarer Republik etwa hätte, "wenn sie in der Frage der Aufhebung der Familie weniger feige gewesen wäre, (...) nicht nur den Faschismus verhindern, sondern auch die Macht übernehmen können". Und die Niederlage der 68er liegt in der Tatsache begründet, daß "keine überregionale linke Organisation etwa eine Unvereinbarkeit ihrer Mitgliedschaft mit der Ehe propagiert" hat. Freie Sexualität sei der Angelpunkt revolutionärer Umwälzung.

In universitären Happenings und "analytische Praxen" genannte Wohngemeinschaften festigt sich die MRI, bis sie sich 1977 stark genug fühlt, in die harte Politik einzusteigen: In der Freiburger "Bürgerinitiative gegen Berufsverbot" sehen sich die ursprünglichen AktivistInnen aus dem gesamten linken Spektrum plötzlich einer Mehrheit von MRI-lerInnen gegenüber. Nach kurzer Zeit verkommt die BI zum MRI-Ableger, über die die Hoevens-AnhängerInnen die örtliche "Bunte Liste" zu

infiltrieren suchen. Wieder mit Erfolg. Als im Herbst 1979 über die Abhängigkeit der bis dato vom (MRI-dominierten) Delegiertenrat unabhängigen Arbeitskreise und -gruppen abgestimmt werden soll, geben die Unabhängigen in der "Bunten Liste" auf. Von etwa 130 Anwesenden waren 100 der MRI zuzurechnen gewesen.

Weniger erfolgreich suchte die MRI 1981, kurz vor Regionalwahlen, die Kieler Grünen zu überrumpeln: Im Verlaufe der Kandidatenfindung mußten einige AktivistInnen feststellen, daß die Ergebnisse interner Abstimmungen in regelmäßiger Beziehung zur Zahl der Neueintritte standen. Nachdem gegen einige Personen Parteiverfahren angestrengt wurden, verzichteten die MRI-Angehörigen auf die weitere Mitarbeit bei den Grünen.

BLÖDSINN MIT "SYSTEM"

1983 wurde dann eingangs erwähnter "Ahriman-Verlag" gegründet. Erste Publikationen waren die Zeitschrift "System ubw" (die es noch immer gibt) und der Hoevens-Katechismus "Marxismus, Psychoanalyse, Politik", dessen Lektüre erstaunliche Erkenntnisse über die Sexualität der Angehörigen verschiedener linker Gruppierungen vermittelt:

- "Es ist wahrscheinlich, daß im realen Sexualleben solch abstoßender Zirkel wie etwa den Münchner 'Marxistischen Gruppen' (ident mit 'unserer' MG; Anm. Tb) die Onanie und entsprechend der Alkoholismus eine erheblich größere Rolle spielt als im Durchschnitt zumindest der akademischen Bevölkerung."

- "Indem sie das Kreuz des Stalinismus freiwillig auf sich nahmen, büßten die K-Grüppler automatisch ihre erste Ödipus-sünde."

- Spontis und Autonome seien, da mit schwachem Ich und starkem Über-Ich ausgestattet, "eine Art verhandelter Faschisten", denen nur ihr soziales Umfeld nicht gestatte, echte Faschisten zu werden. Im übrigen seien sie anal defekt, weil doch "eine ihrer gern geübten Tätigkeiten das häßliche Schmierien infantiler Wandsprüche" ist (so'n Arschloch, hey; Tb).

Die Rundumschläge gegen alle, die sich MRI-Unterwanderung nicht so ohne weiteres gefallen lassen wollen, fallen aber nicht nur gesprochen oder geschrieben, sondern bisweilen auch recht handfest aus. Die "Bunte Liste Freiburg" legte 1984 eine Video- und Lichtbildkartei von Autonomen und Punks an, "weil es doch klar sei, daß die BULI mit allen Mitteln gegen die Vorgehen werde, die sie vernichten wollen" (BULI-VertreterIn). In der Zeitschrift der BULI Freiburg ist auch sonst noch interessantes zu erfahren. Etwa, daß "die Sozialhilfeempfänger (...)" wie der letzte Dreck

(behandelt werden), während den Neonazis vom Autonomen Zentrum alles hinten rein gesteckt wird" (kein Wunder also, daß die Autonomen und Spontis, die hier mit dem Begriff "Neonazis" gemeint sind, anal defekt sind; Tb).

Nachdem die Wiederwahl der BULI-VertreterIn 1984 in Freiburg mißlingt, ist die MRI gezwungen, ihre Strategie ein wenig zu ändern.

REAKTIONÄR UND ANTIKLERIKAL

Das neue Thema ist: Antiklerikales aller Art. Praktisch zeitgleich beginnen im ganzen Bundesgebiet der BRD "verschiedene" Gruppen mit antiklerikaler Propaganda plattester Art. Als Mitte 1984 MitgliederInnen der "Internationalen Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude e.V." (IGEL), aufgrund eines bei "Informationsständen" afficierten Transparenthes mit der Aufschrift "Orgasmus statt Abendmahl" wegen angeblicher Gotteslästerung vor Gericht gezerrt werden, übernimmt ein führendes Mitglied der BULI Freiburg die Verteidigung. In der Folge tauchen in einigen bundesdeutschen Städten Flugblätter verschiedenster bis dahin unbekannter Gruppierungen mit regelmäßig wiederkehrenden Stereotypen (wie etwa: "Das Mittelalter lebt", "Einmal Mittelalter ist genug",...) auf, deren Formulierungen direkt aus "theoretischen Publikationen" der BULI Freiburg oder der IGEL entnommen zu sein scheinen¹. Angesichts der staatlichen Reaktionen auf diese Propagandawelle gründet sich innerhalb der alternativen Liste Göttingen (AGIL) aus MitgliederInnen der MRI und der IGEL ein Arbeitskreis Antiklerikales, der wenig später die AGIL verläßt, da die übrigen AGILlerInnen zwar bereit sind, den Kampf gegen die Gotteslästerungsanzeigen zu unterstützen, nicht aber, die IGEL-Philosophie zu unterstützen.

AKTIONSANALYTIK UND VIEL, VIEL GELD

Die IGEL war der Göttinger Ableger der "Aktionsanalytischen Organisation für bewusste Lebenspraxis" (AAO), deren Gründung auf die Zeit des "Wiener Aktionismus" (siehe TATblatt -90) und Otto Mühl zurückgeht. Kern allen Übels ist für Mühl wie auch für Hoevens die Kleinfamilie (was als Gedanke ja so noch nicht zu verwerfen ist; Tb). Ebenso wie die Kleinfamilie bekämpfen Mühl und die AAO aber auch Homosexualität ("Der Faschismus ist identisch mit der Schädigung des Kleinfamilienmenschen. Faschistisch ist seine Sexualität". Zitat: O.Muehl) und die Führerlosigkeit der Welt ("Es fehlt eine echte

gesunde Führernation. Für diese Aufgabe wäre ein gemeinsames Europa (...) schon durch seine historische Entwicklung berufen". Zitat ebenfalls Muehl). Als fast logische Folge bekennt sich die AAO "restlos zur westlichen Demokratie und ihrer militärischen Verteidigung". Um jegliche Zweierbeziehungen von vorne herein zu verunmöglichen, mußten die, übrigens in ein streng hierarchisches Korsett eingezwängten MitgliederInnen der Muehl-Kommunen nach Übergabe ihres Privatbesitzes an den Gruppenführer (Muehl; im Falle der IGEL Helge Voges) einer völligen Planung ihres Sexuallebens zustimmen, die theoretisch zwar das Entstehen faschistischer Kleinfamilien (in diesem Fall: jede Zweierbeziehung) bekämpfen sollte, in Wahrheit aber alle nur in offener Form dem extrem hierarchischen und patriarchalen Sexismus unterworfen. Die "Erlebniserichte" ausgestiegener AAO-MitgliederInnen füllen Bände, und nicht zufällig stammen diese Berichte vornehmlich von Frauen

Nachdem die Muehlkommune in Österreich immer mehr ins schiefe Licht geraten war, raffte sie ihr (u.a. durch Bodenspekulation "erworbenes") Geld zusammen und verlegte ihren Sitz auf die vor Spanien gelegene Insel Gomera².

LINKS: IST DAS NEU? NEIN NUR MIT.....

Dezember 1984 traten MRI und AAO erstmals gemeinsam auf und organisierten in Göttingen eine "antiklerikale Veranstaltung", in deren Verlauf es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen kam, die sich erfrecht hatten, die VeranstalterInnen auf die Freiburger Geschehnisse sowie auf die Homosexuellenfeindlichkeit der AAO anzusprechen

Nach diesem Ereignis konnten weder IGEL noch MRI in Göttingen auftreten, ohne starken Widerspruch unter Linken zu erzeugen. Als Konsequenz wechselte der "Arbeitskreis Antiklerikales" den Namen (fortan "Initiative Neue Linke", INI.) und lud zu einer neuerlichen Veranstaltung: "AIDS — ein Geschenk des Himmels an die Feinde sexueller Freiheit" Dazu aus einem Bericht des Göttinger "libertären Plenums":

"70-100 Lederbejackte (teilweise bekannte MRlerInnen) spielen Schutztruppe, indem sie sich am Eingang und über den Saal verteilt postieren. BesucherInnen, die zusammensitzen wollen, müssen sich getrennt setzen. Die Veranstaltung wird auf Video aufgenommen.

Auhagen (der Referent; Tb) vertritt folgendes

1. Alle einreisenden AusländerInnen sollen auf AIDS zwangsuntersucht werden
2. Alle, bei denen der Test positiv ausfällt, sollen zwangsweise tätowiert werden
3. Diese Menschen sollen staatlich überwacht werden. Die Entfernung der Tätowierung soll bestraft werden
4. Kondome sind "dumm", "ekelig" und auch zur Verhütung indiskutabel (Verhü-

tung = Frauensache)..

Kritische FragestellerInnen, insbesondere Schwule werden mit 'Du Sau' und 'Verrecke doch an AIDS' beschimpft.'

Die INI reagierte mit Flugblättern und Plakaten, in denen sie als Opfer linker Schlägertrupps dargestellt wird: "Heruntergekommene Pseudolinke", "Feministinnen und ihre Kavaliere" und "Pogromhelden, die es mit jedem zaristischen Pogromhelden oder Weimarer SS-Mann aufnehmen würden" hätten das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit eingeschränkt. Während diese Flugblätter und Plakate verteilt bzw. aufgeklebt wurden, kam es mehrmals zu Schlägereien zwischen den INIlerInnen und AntifaschistInnen, in deren Verlauf es Verletzte "auf beiden Seiten" gab. Für die INI ein Glücksfall: Sie nutzte die Gelegenheit für eine Strafanzeige gegen zwei bekannte Göttinger AntifaschistInnen und konnte publicityräftig einen Schweigemarsch durch die Göttinger Innenstadt durchführen, an dem etwa 100 Personen teilnahmen. Ihr erster Blutzeuge war geboren.....

Verbreitung unerwünschter Einsichten; Bund zur Verbreitung unbequemer Ansichten; Gruppe für Aufklärung, Demokratie und Selbstbestimmung oder Verein zur AIDS-Bekämpfung.


Letzterer wurde von Hoevens und einigen getreuen Ärzten 1985 gegründet. Auf diesem Verein "lastet" zur Zeit das inhaltliche Hauptgewicht der Arbeit der MRI/IGEL/..., mit der zum Zwecke der "Ausrottung des AIDS-Virus" die Zwangstestung der gesamten Bevölkerung und die Tätowierung "AIDS-Positiver" durchgesetzt werden soll (Siehe Kasten: AIDS-Stop).

Der Verein zur AIDS-Bekämpfung trat 1986 erstmals mit einer Werbekampagne für einen "AIDS-Ausweis" (siehe Bild) in die Öffentlichkeit. Diese Aktion muß aber als wenig erfolgreich bezeichnet werden, da die meisten bundesdeutschen Zeitungen den Abdruck einer Annonce für den "Ausweis" verweigerten (der "Wiener" scheute die Annahme der Annonce hingegen nicht!!!). Gesundheitsministerin und Ärztevereinigungen warnten öffentlich vor der Inanspruchnahme des "Ausweises".

Der "Reihentestungs- und Tätowierungs"vorschlag jedoch wird zwar "abgelehnt", aber dennoch von vielen Zeitungen (u.a. der Frankfurter Rundschau) aufgegriffen und "diskutiert". Es war das just zu jener Zeit, in der in Bayern Reihentests für "Nicht-IG-AusländerInnen" und Internierungslager für AIDS-Positive angekündigt worden waren. Nur wenige getrauten sich zu sagen, was inzwischen offensichtlich geworden war: Die "Vorschläge" der INI und des Dr. Auhagen sind faschistisch.

Die AIDS-Hilfe Nürnberg getraute sich und hatte prompt eine Unterlassungsklage am Hals, die vom Landgericht Nürnberg-Fürth

1986 abgewiesen wurde: "Für sich genommen könnte die umfassende Reihentestung sämtlicher BundesbürgerInnen und die lückenlose Kontrolle der aus dem Ausland einreisenden Personen, sowie vor allem die Tätowierung der von Krankheit Befallenen Erinnerungen an faschistisches Gedankengut wecken. Zumindest muß es den AntragsgnerInnen (also den Beschuldigten; Tb) freistehen, die vom Antragsteller geforderten Maßnahmen als faschistisch zu werten" (AZ. 505441/86). Dieses Urteil wurde von der Berufungsinstanz bestätigt.



Anti-AIDS-Ausweis

NUR GÜLTIG MIT PASSFOTO.

Jährlich zu erneuern.

Herausgegeben vom Verein zur
AIDS-Verhütung e.V.
(Ordentliche Mitglieder des Vereins können nur Ärzte, Zahnärzte
und Pharmazeuten werden.)

Dem Inhaber / der Inhaberin dieses Ausweises wird bescheinigt, daß bei zwei im Dreimonatsabstand erfolgten Testungen keine Antikörper gegen das Aids-Virus (HTLV III) nachgewiesen wurden. Er / sie hat sich verpflichtet, keinerlei Intimkontakte mit Personen einzugehen, die nicht im Besitz des gleichen Ausweises sind.

Only valid with passport photograph. To be renewed annually.
Edited by registered Association for the Prevention of AIDS.
The holder of this card is attested to be free of anti-bodies against the Aids-virus (HTLV III), as examined by two consecutive tests carried out with an interval of three months. The holder confirms not to engage into any intimate sexual contact with persons who are not in possession of this card.

648 *

ZUNAHME AN AKTIVITÄTEN

Diese und ähnliche Ereignisse haben zu einer Verschärfung der INI/MRI/BUJ.1 etc.-Hetze gegen Autonome, Punks und Linke aller Schattierungen geführt. Zwecks breiterer Streuung der Propaganda werden verschiedene "Organisationen" als HerausgeberInnen der jeweiligen Publikation genannt. So wurden in den letzten Jahren mindestens sechs verschiedene Namen zur Verbreitung derselben Ideologie gebraucht: Initiative Neue Linke; Bund gegen Anpassung; Bund zur

VERGLEICH: INL UND "MODERNISIERTER RECHTSRADIKALISMUS"

Daß die Ansicht der AIDS-Hilfe und ausnahmsweise auch einmal die eines Gerichts nicht allzu weit hergeholt ist, beweist ein "offener Brief an alle, die sich überlegen, die Republikaner wählen", der seit wenigen Monaten vom "Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten" vornehmlich vor Einkaufszentren verteilt wird (Auszüge siehe Kasten). Nach Durchsicht aller uns zur Verfügung stehenden Texte des

Graubereichs MRI/BULI/IGEL/INL/... sind wir zum Schluß gelangt, daß hier alle Erkennungsmerkmale des sog. "modernisierten Rechtsradikalismus" zu finden sind. Es fehlen weder explizite Frauenfeindlichkeit, noch AusländerInnenfeindlichkeit, Absage an demokratische Legitimationsmuster³, "Versachlichung der Debatte" über die NS-Verbrechen an Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft (Tätowierung war nicht Teil eines Völkermordprogramms, sondern lediglich eine Maßnahme, mit der "politische oder halbpolitische" Häftlinge an der Flucht, bzw am Untertauchen nach einer erfolgten Flucht gehindert werden sollten; siehe Zitate AIDS-STOP), Vergewaltigungstheorien ala Eder, noch der Ruf nach starken Autoritäten.

Es fällt auch auf, daß die "Rahmendiktion" dieses Graubereichs dem der radikalen Rechten weitestgehend angenähert ist. "Lasst uns in Ruhe miteinander reden", "audire et altera pars" und die Berufung auf "Informations- und Meinungsfreiheit" sind ebenso immer wiederkehrende Stehsätze wie die Strapazierung der "Freiheit der Wissenschaft" oder das Hervorkehren "gemeinsamer Feinde"⁴, während der "altera pars" der politischen Realität, nämlich Frauen, Schwule, Punks sowie überhaupt fortschrittlich gesinnte Menschen stets mit allen (noch) propagandistischen Mitteln niedergemacht wird. Ziel dieser Wortwahl ist es unseres Erachtens, sich selbst als Opfer (siehe Flugblatt "Bombendrohung und Gewalt gegen wissenschaftlichen Vortrag") des linken Terrors darzustellen.

Wir können es uns aber nicht so leicht machen und die INL einfach ins "rechte Eck" stellen. Sie hat ihre ideologischen Wurzeln in der 68er Bewegung und bezieht sich auf (den späten) Reich und Freud sowie auf die "Ideale der franz. Revolution".

Diese Ideologie ist nicht so sehr Ausdruck faschistischer Grundorientierung oder faschistischer Indoktrination durch Schule und/oder Eltern/Umwelt, sondern Folge einer mit "vulgärmaterialistischen Mitteln"⁵ betriebenen konsequenten Weiterentwicklung eines in urpatriarchalen Verhaltensmustern verhafteten Denkens. Es ist eben deutlich einfacher, (heimlich) die "Ideologie" zu wechseln, als die eigene Rolle in Beziehungen und Sexualität zu hinterfragen, aus dem eigenen Verhalten die Konsequenzen zu ziehen, die sich mit

der Auseinandersetzung mit Macht, männlich dominierten Strukturen (eben in der Linken) und deren realen Auswirkungen im "täglichen Leben" aufdrängen würden.

Wir wollen daher am Ende dieses (sehr langen) Beitrags feststellen, daß wir diese Tendenz des "heimlichen Ideologiewechsels" nicht als isoliertes INL-Phänomen betrachten können. Wir glauben diese und ähnliche Tendenzen bei Teilen der "Grünen" oder bei "postmodernen" Politikmodellen ebenso orten zu können wie in der "neuen Innerlichkeit", der "neuen Mütterlichkeit" oder der "new age"-Bewegung (siehe auch TATblatt -81).

Fußnoten:

1) Es mag Euch jetzt, liebe LeserInnen, unangenehm auffallen, daß wir Worte wie "Informationsstände" oder "theoretische Publikationen" unter Anführungszeichen schreiben und der antiklerikalen Propaganda so einfach "Plattheit" unterstellen wollen: Nun, wir haben trotz angestrengter "Quellenforschung" keinerlei uns relevant erscheinende antiklerikale "Argumentationskette" entdecken können. Jegliche Propaganda bleibt bei Wendungen wie "gegen die Vereinnahmung unseres demokratischen Staates durch die christlichen Sekten" (Flugblatttext) stehen; erspart sich also jede Beschreibung der Form der Ver-

Zitate aus: Hoevels, Fritz Erik; Tabuthema AIDS-STOP; Ahriman-Verlag, Freiburg 1986

"Diskutieren wir sie (die Vorschläge des Autors; Tb) nüchtern und in Ruhe!

Ein obligatorischer Massentest aller im Staatsgebiet anwesenden Personen bei gleichzeitiger Einreisesperre für alle Ungetesteten bzw. AIDS-Positiven wäre organisatorisch und finanziell ebenso aufwendig — aber nicht aufwendiger — als eine Parlamentswahl. Natürlich könnte man mit demselben Kostenargument auch diese Unternehmung streichen — man verlöre dabei wahrscheinlich weniger als beim Verzicht auf wirksame AIDS-Prophylaxe." (Seite 14)

"Entscheidend ist aber für die langfristige Wirksamkeit der AIDS-Bekämpfung und schließlich für die Ausrottung des AIDS-Virus die Ergänzung dieser primären durch einen Katalog sekundärer Maßnahmen, nämlich:

- Befragung aller ermittelten VirusTräger über ihre sexuellen Kontakte und/oder Blutspenden;

- Einreisesperre aller höchstens 10 Tage vor der Einreise nicht testnegativen Personen; (...)

- Wiederholung des Bevölkerungstests in 3 Monaten, evtl. Zweitwiederholung nach demselben Zeitraum; (...)

- Eindringliche Mahnungen durch die Medien, bis zur Testwiederholung neue Sexualkontakte zu unterlassen, auch mit Kondom oder mit beim letzten Test negativen Personen."

(...)

"Welche Wirkung hätten diese Sekundärmaßnahmen? Am problematischsten ist zweifellos die zweite Maßnahme (...). Dennoch wäre sogar diese problematischste Maßnahme sehr nützlich, denn sie hätte mindestens zwei Wirkungen:

- die meisten einreisenden Virusträger würden trotz aller Einschränkungen von ihr erfaßt bzw. ferngehalten;

- im eigenen Lande entstünde eine heilsame psychische Barriere vor dem sexuellen Kontakt mit kurzfristig in ihm sich aufhaltenden Ausländern, besonders, wenn die sonstigen Präventivmaßnahmen einmal ge-griffen haben." (Seiten 18 und 19)

"Was wäre denn wirklich die Folge einer diskreten Tätowierung — etwa durch Pluszeichen oder P — der diagnostizierten Virusträger an der Schamhaargrenze oder Hinterbacke? (...) Ihre Alternative wäre (aber) — und es gibt diese schon längst ebenso wie Fälle von Schwangerschaftsbetrug, d.h. vorsätzlicher Täuschung über den Verhütungsstatus durch alimmentgeile Frauen, (...) — die

prinzipielle und ungehinderte Weitergabe einer tödlichen und sogar grausamen Krankheit. (...) Wie man es dreht und wendet: Die Tätowierung an leicht verbergbarer Stelle ist also notwendig, wenn man AIDS besiegen will." (Seite 25)

"Aber es ist keine bloße Verwechslung durch Ignoranten, die gerne Widerstandskämpfer geworden wären, wenn sie die "Ausrottung der AIDS-Viren" mit der "Ausrottung der Juden" vermischen oder die Tätowierung von potentiellen Krankheitsüberträgern zwecks Schutz der Gesunden mit der Tätowierung von politischen oder halbpolitischen Häftlingen zur Verhinderung ihrer Flucht bzw. ihres Untertauchens nach einer solchen." (Seite 30)

"Begonnen hatte er (der Zusammenbruch der relativen sexuellen Freiheit) schon in der Mitte dieser relativ glücklichen Epoche, gemeinsam mit und durch die Blütezeit des Feminismus, dessen Sabotage wirksamer Empfängnisverhütung und dessen Sexualrollenpropaganda, gemäß welcher sexuelle Lust beim heterosexuellen Verkehr ein männliches Privileg sei (was die keiffreudigen Damen aber keineswegs am Heiraten und Nachwuchs werfen hinderte, wenn dies nur eine Leibrente, den sog. "Lohn für Hausarbeit", eintrug)." (Seite 35/36)

"Sexuell aktive und selbstbewußte Frauen werden niemals unfreiwillig schwanger, seit es sichere Verhütungsmittel gibt (die sehr wenigen Fälle durch Vergewaltigung ausgenommen, aber sie werden auch seltener vergewaltigt)." (Seite 37)

"Es ist also anzunehmen, daß nach so kurzem Interglazial, wieder eine neue Eiszeit kommt. Bis zu ihrem Ende werden sich nur sehr kleine Gruppen aus persönlich vertrauenswürdigen Einzelpersonen zu AIDS-freien Wohngemeinschaften zusammenschließen können, die bei strikter Endogamie untereinander durch sexuelle Fakultativität verbunden sind; jede andere Lösung erscheint zu riskant."

(...) "So wie der SDS die leider allzu kurze, weil führerlose bessere Zeit nach dem Verlassen des Adenauerschattens u.a. mit der Verteilung von Anti-Baby-Pillen einleitete, so könnte ein neues Aufgehen des menschlichen Hoffnungslichtes von dem Schlachtruf begleitet werden: "sCHAFFT ZWEI, DREI, VIELE AIDS-FREIE ZONEN!"

"wer uns sucht, kann uns jetzt schon finden". (Seite 44 und Ende)

einnahme etc; begnügt sich oberflächlicher, das emotionale allein ansprechender Polemik. Wir können zwischen dieser Propaganda und der antiklerikalen Haltung extremer Rechtsgruppierungen keinen Unterschied entdecken. (Bei späteren Veranstaltungen traten allerdings auch Karl-Heinz Deschner und Hans Wollschläger auf; inwiefern diese mit der MRI und ihren AblegerInnen mitkönnen, wissen wir nicht, weil wir nicht dabei waren. Tja, so ist das Leben).

2) So richtig gut gehts uns jetzt mit den Formulierungen auch nicht. Wir hoffen aber, daß wir es geschafft haben, uns vom üblichen "Kommunen-gehetzte" bürgerlicher Medien abzuheben. Eines haben wir aber auf jedenfall geschafft: 25 Mal zu erscheinen, ohne das Thema Sexualität und Patriarchat praktisch aus der Nebenwiderspruchslade zu holen. Ziemlich schlechtes Zeugnis für uns, wie's so aussieht....

3) Wir sind nicht plötzlich die besseren DemokratInnen geworden. Wir lehnen repräsentative "Demokratie"modelle und ihre "Entscheidungsfindungsstrukturen" ab (ob das jetzt unter dem Mantel des "bürgerlichen Rechtsstaats" oder des "real existierenden Sozialismus" geschieht). Unserer Ansicht nach werden hier demokratische Legitimationsmuster prinzipiell für wertlos erklärt, also auch die der Basisdemokratie oder des demokratischen Zentralismus (letzteres um der Breite der Red. Rechnung zu tragen).

4) zuletzt zu hören gewesen etwa anlässlich der staatspolizeilich organisierten "Informationsveranstaltung" des "Geschichtswissenschaftlers" David Irving (siehe TATblatt -81)

5) Siehe dazu Zitate H.S.'s, der ein "möglichst angenehmes Leben für möglichst viele Menschen" und "Privilegien" für HIV-Positive "fordert".

Folgender Text wurde von der "Neuen Linken" verfasst:

Offener Brief an alle, die sich überlegen, die "Republikaner" zu wählen

(Auszug aus: Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten)

"Gestattet uns, obwohl die meisten von euch uns vielleicht hassen werden, euch in freundlichem Ton anzusprechen! Denn so sehr ihr euch von uns unterscheiden wollt, die Prügeln und Plakatabreißer, die von der Justiz gehätschelt und von unseren Steuergeldern gepöppelt werden (...), diese Liebkinder der BZ (Bild-Zeitung) also machen keinen Unterschied zwischen euch und uns, wenn sie eure Versammlungen überfallen oder unsere; (...) es ist die gleiche SPD, die hinter ihnen steht und die auf euch wie auf uns den perversen Verfassungsschutz (...) hetzt. (...) Und wenn wir schon von den gleichen Feinden gleich behandelt werden, warum sollten wir dann nicht in Ruhe miteinander reden?"

Unsere Unterschiede sind groß genug; reden wir erst einmal von den Gemeinsamkeiten! Erstens haben wir genau die gleichen Feinde, die uns mit dem gleichen Haß, den gleichen Schimpfworten und den gleichen Methoden verfolgen; das sollte euch zu denken geben. Zweitens seht ihr die USA, welche uns nun seitihrem nicht gerade aus purer Menschenfreundlichkeit und Freiheitsliebe errungenen Sieg über Hitler (...) bevormunden, übervorteilen und als halbe Kolonie behandeln, diese USA also seht ihr genauso, wie wir sie schon seit Vietnam sehen.

'Die heutigen jungen Deutschen sind an Auschwitz genauso unschuldig wie die Kinder der Amerikaner an den Völkermordaktionen der Hiroshimapiloten', sagte Schönhuber sehr richtig am Aschermittwoch in Cham. (...) Diese Ablehnung jedes Nationalmasochismus, jeder Erbschuld-

mystik ist also die dritte Gemeinsamkeit, die wir mit euch haben, und wir haben sie gerne.

Wieviel rationaler sind doch die Argumente eures Wortführers Schönhuber als die wieselig-wendige Verlogenheit des rötlich-grün-feministischen Komposthaufens oder die unterdrückungsfrohe Verlautbarungsphraserei des Politikartells. Rückgrat scheint ihr ja mehr zu besitzen als die politischen Erbhofbauern und die grünen Retortenbabys der Medien; wenn ihr es behaltet, so hättet ihr mit uns zumindest eine weitere Gemeinsamkeit.

Da es schon als schierer Faschismus angeprangert wird, zu fordern, daß bei der Vergabe von Arbeitsplätzen in Deutschland Deutsche zu bevorzugen seien, (...) und da es offenbar als links gilt, zu behaupten, arme Ausländer in einem Land könne es prinzipiell nicht genug geben (...), aus diesen Gründen halten sich (...) Sympathisanten der "Republikaner" für "rechts" und bisweilen, da sie so beschimpft werden, auch heimlich für "faschistisch". Dieser Teil zeigt von allen Wahlberechtigten unseres Landes nicht die schlechtesten Eigenschaften. (...) Wir rufen ihm zu: laßt euch nicht vollquasseln! Wer als Deutscher meint, Sozialwohnungen seien weitaus eher an wirkliche Deutsche zu vergeben (...) als an frisch ins DM-Land eingeflogene "Aussiedler", ist nur vernünftig und alles andere als ein Faschist.

Reden wir miteinander! Wer uns kennenlernen will, wird uns finden.

Darum, mit freundlichen Grüßen:
Bund gegen Anpassung

"Initiative Neue Linke" in Österreich

(Tatblatt-Wien)

Seit einigen Jahren ist in Wien eine regelrechte "Plakatflut" dieser Gruppe zu bemerken. In grellen Leuchtfarben werden Veranstaltungen mit klingenden Titeln wie "AIDS — Ein Geschenk des Himmels an die Feinde sexueller Freiheit" oder "5 Milliarden Menschen — 4 Milliarden zuviel" beworben. Es handelte sich hier um die gleichen Veranstaltungen, die zuvor von der BRD organisiert worden waren. Eingeladen waren auch jedesmal die gleichen ReferentInnen, die zuvor bei den Parallelveranstaltungen in der BRD gesprochen hatten. Zuletzt war dies am 17.1.1990 der Fall gewesen, als die INL zu einer Veranstaltung über "AIDS-Bekämpfung in Kuba" (besser wäre wohl der Titel "Die Bekämpfung AIDS-Positiver in Kuba") geladen hatte.

DIE PARALLELITÄT HAT VORGESCHICHTE:

Die österreichische AblegerIn der INL ist personell weitgehend ident mit den "Rebel-

Innen vom Liang Shan Po", die bei der letzten ÖH-Wahl einen Sitz im Zentralausschuß erreicht hatten. Die ursprünglichen "RebellInnen" hatten sich anlässlich der ÖH-Wahlen 1983 aus Anarchos, Spontis etc zusammengefunden und, nachdem sie bereits damals in den Zentralausschuß gewählt worden waren, ihr Mandat auf einer Großveranstaltung verlost. Die fehlende (und ursprünglich wohl auch gar nicht beabsichtigte) Kontinuität der "RebellInnen" nagte dann auch bald an der Substanz der Gruppe. Lange Zeit hindurch waren die "RebellInnen" praktisch ident mit der Person des H.S..

Außer vor den alle zwei Jahre stattfindenden ÖH-Wahlen war nie etwas von den "RebellInnen" zu hören. Das war insofern ein wenig erstaunlich, als H.S. bis 1983 sehr aktiv in der "Szene" gewesen war: Er hatte an der "ARENA-STADTZEITUNG" und deren NachfolgerIn "DAS KLEINE MASSENBLATT" mitgearbeitet und war an der Entstehung des "SCHWARZHÖRERS", der Wiener Telefonzeitung (Werbepickerl dieses grandiosen "Szene"organs, das in seinen Hochzeiten auf

bald Tausend AnruferInnen täglich kam, finden sich manchmal heute noch auf den Wählscheiben älterer Telephonzellen) maßgeblich beteiligt.

H.S. mag zwar bei vielen nicht sehr beliebt gewesen sein, seiner Aktivität wegen hatte er Zugang zu allen "Szene"veranstaltungen und -kreisen. Nachdem er sich mit dem "Schwarzhörers"-Kollektiv überworfen hatte, hielt er auf Volkshochschulen Seminare und Vorlesungen über Anarchismus und organisierte die ersten "Anarchistischen Filmtage".

Alles in allem hatte er sich in der "Szene" aber nicht mehr blicken lassen.

Erstmals nach längerer Zeit aus der Versenkung aufgetaucht war H.S. dann 1986, als er vor den Nationalratswahlen praktisch im Alleingang die Liste "U.n.g.ü.L.t.i.G." (Union nicht genügend überlegten Lächels trotz innerer Genialität) ins Leben rief. Die Kandidatur scheiterte aber daran, daß die "Ungültig" nicht genügend Unterstützungserklärungen abgeben konnte.

Im Frühjahr 1987 meldete sich H.S. in der

AKIN schriftlich zu Wort. Sein Thema: "AIDS-Prophylaxe". In einer, sich über fast ein halbes Jahr ziehenden Diskussion betete H.S. die Argumente aus Hoevels "AIDS-Stop", welches gerade erst erschienen war, hinauf und hinunter (was aber niemand bemerkt hatte, da MRI, AAO sowie deren Philosophie in Österreich kein Thema waren). Bekümmert von den Reaktionen der AKIN-LeserInnen, die ihm unter anderem rieten, seine Texte fürderhin der "Nationalzeitung" zum Abdruck anzubieten, erklärte er schließlich, vor weiteren Wortmeldung zum Thema AIDS "die Bildung eines Anti-AIDS-Komitees" abzuwarten (siehe Kasten: H.S. Briefverkehr mit AKIN). Dieses ist inzwischen geschehen: Die Initiative Neue Linke veranstaltet 2 bis 3 "Diskussionen" jährlich.

Persönlich in Verbindung mit dem Kreis um Hoevels und den AHRIMAN-Verlag kann H.S. seit dem 5.1.1990 gebracht werden. An diesem Tag erschien im "Standard" (Wochenendbeilage) eine von H.S. verfaßte Rezension über ein Buch des AHRIMAN-Verlags. Der Beitrag über ein Porait Salman Rushdies trug sinnigerweise den Titel: "Denken verboten"!

REAKTIONEN...

auf die Ereignisse des 17.1.1990 gibt es bereits mehrere. Schon 3 Tage nach der Veranstaltung verteilten Angehörige der INL auf der Uni Flugblätter, die alle bereits beschriebene INL-Stereotypen beinhalten:

- Ihr "wissenschaftlicher" Vortrag wäre behindert worden
- INL-Angehörige wären bedroht und verletzt worden
- Denunzierung von Angehörigen der "Homosexuelleninitiative" und der "Female"
- Ziel der "militanten Störer" sei es gewesen, die "Meinungs- und Informationsfreiheit" zu behindern

Zuletzt erklärt die INL, daß sie "gegen die Gewalttäter Strafanzeige erstattet" hätte. (siehe Faksimile)

In der Volksstimme vom 24.1.1990 war ein Artikel gleichen Inhalts zu finden. Auf Nachfrage wurde erklärt, daß sich bereits mehrere Menschen beschwert hätten (zumal am 17.1. auch einige MitgliederInnen der österreichisch-kubanisch-Gesellschaft anwesend gewesen waren) und das der Beitrag von H.S. stamme, der früher des öfteren für die Volksstimme als freier Mitarbeiter tätig gewesen war.

Ein Angehöriger der INL hatte auch versucht, oben angeführtes Flugblatt der AKIN beizulegen. Die Redaktion hatte sich jedoch geweigert, ein Flugblatt, welches "faschistoide Maßnahmen" (AKIN vom 23.1.) fordere, ihrer Zeitung beizulegen.



Das Firmenzeichen des AHRIMAN-Verlages

Zitate aus H.S.'s Briefe an die AKIN

(...) Ich bitte aber trotzdem jede(n), die nachfolgenden Zeilen ohne Scheuklappen zu lesen. (...) Vor kurzem hat ein Vertreter der AIDS-Hilfe beruhigend gemeint, AIDS sei doch nicht so bedrohlich, man rechne nur mit einer 2% Durchseuchung der Österreicher. Dazu eine Milchmädchenrechnung: 2%, daß sind ca. 4%, umgeschlagen auf die Zahl der sexuell aktiven Österreicher (denn sexuell inaktive werden kaum in nennenswertem Ausmaß infiziert sein). D.h. weiter, daß nach der Statistik jeder 25. meiner Sexualpartner HIV-infiziert ist und mit großer Wahrscheinlichkeit auch mich infizieren wird." (aus: AKIN 9/87 vom 17.3.)(...) Seit Monaten lese ich intensiv alles zum Thema AIDS, mein Bücherregal habe ich mit Literatur, Fachzeitschriften und Aktenodern mit Zeitungsausschnitten gefüllt. (...) Übrigens habe ich meinen Beitrag für die letzte AKIN von einem Arzt durchlesen lassen, um etwaige Fehler zu vermeiden. Ich bitte also um einen sachlichen Ton (...)." (AKIN 10/87 vom 24.3.)

"(...) Als Linke ist es wohl unser Anliegen, das Leben auf dieser Welt so angenehm wie möglich für möglichst alle Menschen zu gestalten. Da hören wir von einer tödlichen Infektionskrankheit, die auf dem Weg des Geschlechtsverkehrs übertragen wird (...). Eine Individualisierung des AIDS-Problems meint also in Wirklichkeit ganz andere Dinge als wirklich die Bekämpfung der Krankheit, es ist eine Bekämpfung der sexuellen Freiheiten, die mindestens so wichtig – nein wichtiger – sind wie die demokratischen Freiheiten. Da will ich als Linker also nicht hinnehmen, daß zum einen Millionen langsam und elend dahinsiechen und das zum anderen eine längst überwunden geglaubte Sexualunterdrückung wieder Platz greift. Zu welchem Schluß komme ich also? Die ganze Bevölkerung muß untersucht werden, damit jeder Virusträger weiß, daß er ansteckend ist und sich dementsprechend verhalten kann. (...) Die nächste Maßnahme: Ausstellung einer, mit einem Lichtbild versehenen Testbestätigung für Nichtinfizierte. Vor dem ersten Intimkontakt mit einem neuen Sexualpartner, zeigt man sich gegenseitig diese "AIDS-Pässe" und braucht keine AIDS-Angst mehr zu haben. Die Untersuchungen werden etwa jedes Jahr wiederholt, die

Pässe entweder verlängert oder eingezogen. (...) Für die (sicher zahlreichen) Mißbrauchsfälle muß ein unbürokratisch arbeitendes, mit weitreichenden Kompetenzen arbeitendes Hilfsamt geschaffen werden, an daß sich Infizierte, die in irgendeiner Weise benachteiligt werden, wenden können. Dieses Amt sollte auch weitere soziale Maßnahmen, ja soziale Privilegien für HIV-Infizierte überwachen. Das wichtigste Privileg wäre meines Erachtens ein Pensionsanspruch. Das heißt aber keinesfalls – bitte keine Mißverständnisse – daß den Infizierten die Berufsausübung vermießt werden soll. Im Gegenteil – ein Kündigungsschutz ist meines Erachtens die adäquate Maßnahme. All diese Maßnahmen haben in keiner Weise etwas mit Polizei zu tun. Untersuchen und Bestätigungen ausstellen obliegt dem Gesundheitsamt, soziale Maßnahmen verwaltet ein Sozialamt. (...) Ein Einwand: Der Staat hat dann die Kontrolle, ja die totale Kontrolle über seine Bürger. Ich frag mich: Was weiß er denn dann? Ob seine Bürger HIV-infiziert sind, oder nicht! Sind sie's dann muß er sie sozial schützen. Weitere Konsequenzen gibt es nicht. (...) Ich habe (...) sehr ungute Reaktionen erlebt: Manche Leute wenden sich ab, wenn ich sie grüße, andere bezeichnen meine Vorsschläge als faschistoid oder rechts. (...) Ich werde also möglicherweise erst die Bildung eines Anti-AIDS-Komitees abwarten, das die beschriebenen Vorsschläge erhebt, bevor ich mich wieder öffentlich in dieser Form äußere." (aus AKIN 11/87)

"Die ganze Bevölkerung zu untersuchen, das ist die Maßnahme, die auch in Österreich eines der dringlichsten Anliegen der Linken sein sollten. (...) Damit nicht nur in Kuba, sondern auch in Österreich die Gesamtbevölkerung auf AIDS untersucht wird, und damit zehntausende Menschenleben gerettet, das Sexualleben vor einer brutalen Zwangsmoral bewahrt und Infizierte vor Diskriminierung geschützt werden können (umso geringer nämlich die Gesamtinfiziertenzahl gehalten werden kann, umso geringer ist auch das Ausmaß der möglichen Diskriminierung), ist es notwendig, daß sich möglichst viele hierzulande für dieses Ziel einsetzen, auch wenn es Mut und Rückgrat fordert." (AKIN 25/87)

aus dem INL-Flugblatt::

BOMBENDROHUNG UND GEWALT GEGEN EINEN WISSENSCHAFTLICHEN VORTRAG!

Mittwoch letzte Woche hatten wir zu einem Vortrag mit Diskussion eingeladen. Thema war die AIDS-Bekämpfung in Kuba, anhand eines Artikels in einer wissenschaftlichen Zeitschrift.

Unser Angebot zur sachlichen Auseinandersetzung wurde mit brutaler Gewalt beantwortet: Statt Argumenten – Bombendrohung, Prügeleien, Gebrülle und Sachbeschädigung; statt Denken – Gewalt und Einschüchterung. Das Ziel der Störaktion war, eine vernünftige und freie Diskussion zu verhindern – und damit auch die Möglichkeit für das Publikum, eigene Gedanken und Einsichten zum Thema AIDS-Bekämpfung zu entwickeln. Sollen Gewalttäter bestimmen können, was ein österreichischer Bürger hören und worüber er sich Gedanken machen darf?(...)

Als jemand von uns versuchte, einen der Täter festzuhalten, wurde er mit Fußtritten mißhandelt und an der Verfolgung des Täters gehindert. An der Spitze des Trupps, einen Hund mit abgenommenem Beikorb mit sich führend, stand ein gewisser Dennis Beck, Aktivist von AIDS-Hilfe und Homosexuelleninitiative (HOSI), der schon vor zwei Jahren einem Mitglied von uns öffentlich den Tod angedroht hatte ("Du bist der erste, den ich mit AIDS infizieren werde!").(...)

Das HOSI-Vorstandsmitglied Rudolf Katzer trat durch Gebrülle und ordinäre Beschimpfungen einer Diskussionsteilnehmerin in Erscheinung.(...)

Und noch etwas zum Zweck der Gewaltaktionen: Die gewaltsame Störung und Behinderung einer freien Diskussion über AIDS-Verhütung arbeitet der Regierungspolitik in die Hände, die der Ausbreitung des AIDS-Virus nichts in den Weg stellt.(...)

Wir haben gegen die Gewalttäter Strafanzeige erstattet.(...)

aus dem Hörsaal:

Der gewöhnliche Faschismus, der behauptet, von links zu sein

(rudo)

Eine Initiative Neue Linke aus Wien verhökert die Kubanische Lösung der AIDS-Frage — mitsamt Zwangsreihentest, Tätowierung und Internierung. Diese Neuen Linken legen auch auf ihren Veranstaltungen Wert auf faschistische Atmosphäre. Sound des Abends: Hochklappen leerwerdender Stühle. Stimmung macht den Meister. Macht der Meister Stimmung?

Im Foyer einige bekannte Gesichter. Grüße. Busserln. An der Tür zum Hörsaal 2 nimmt ein Jüngling den Leuten öS 30,- Eintritt ab. In die Tasche — ohne Karten. Vor der Tür ein Büchertisch mit Frau. Alle Bücher vom gleichen Verfasser: F.E. Hoevens. Ist er der Eigentümer der Initiative Neue Linke? Oder gar der Eintrittsgeld-Jüngling?

An die 100 Leute im Hörsaal. Die Diskussionsveranstaltung mit Bericht ist für 20.00 Uhr angekündigt. Es ist schon 15 Minuten zu spät. Man hört plötzlich Handgemenge vor der Tür, der Klapp-Büchertisch fällt um, neugierige Blicke wenden sich zur mittlerweile verschlossenen Tür — einige Leute der Schwulenszene, HIV-Positiven-Selbsthilfegruppen und andere Ungläubige fanden es zu widerlich, das Thema zu finanzieren und wollten den Saal "stürmen". Der langhaarige, nicht unhübsche, Eintrittsgeld-Jüngling begibt sich, etwas erregt, zum Podium; "Kein Grund zur Beunruhigung. Wir haben bereits Schutz beantragt. Wir werden den Saal schützen. Wir sind soeben tätlich angegriffen worden von einer Gruppe von Personen in schwarzen Lederjacken. Ich kann sie nicht zuordnen. (!) Ruf aus dem Publikum: "Ich schon!"

Es herrscht wieder Ruhe. Man wartet. Eרגisch wird plötzlich die Tür geöffnet. Wie in so mancher schwulen Bar: Alle Köpfe drehen sich. Herein kommt: Unsere Gloria (lt. Lambda Nachrichten Gräfin von und zu Willendorf). Man wartet wieder.

Zwei Polizisten erscheinen. Alle müssen den Saal verlassen — nach zehn Minuten werde man wieder eingelassen.

Man steht vor dem Saal herum, der Büchertisch wird nicht wiederaufgestellt — sieht ja dramatischer aus. Die Polizei durchsucht den Saal — Reaktion auf einen angeblich eingegangenen Bombenalarm.

Nach 15 Minuten ist Wiedereinlaß für "Leute, die nicht stören wollen!" Man zwingt sich durch die Tür. Der strenge Pfortenjüngling — vereinzelt: "Sie dürfen hier nicht rein!" — Wahrscheinlich einer der Unruhestifter.

Warten.

Ein Neuer Linker betritt das Podium: "Es gibt noch eine Verzögerung, weil die Wiener Polizei sich weigert, die Veranstaltung zu schützen — was wir tun werden."

Der selbe Neue Linke erläutert nun: "Das sind die Faschisten. Eine Gruppe Spontis hat den Tisch zertrümmert. Die haben alle zusammen-

gehört, die haben sich verständigt."

Per Handzeichen befiehlt der Neue Linke dem Jüngling, die Türe zu verschließen. Türe wird verschlossen. Mann aus dem Publikum, empört: "Seit der Volksschule bin ich nicht in ein Klassenzimmer eingesperrt worden." Der Neue Linke, ruhig aber sichtlich verunsichert: "Sie können gehen!". Anderer Mann aus dem Publikum: "Nachdem wir bezahlt haben?" Allseitig beifälliges Grinsen, Nicken, Kopfschütteln, Stirnrunzeln, Gähnen. Der Mann geht.

Der Neue Linke: "Diese Dreckschweine sind jene, die schon seit drei Jahren gegen uns hetzen!" Faßt sich: "Ich darf Sie herzlich begrüßen." Er ist der Vortragende — von ihm werden wir den Bericht bekommen. Es ist 21.00 Uhr.

Er verspricht die Erläuterung, warum die westlichen industrialisierten Länder "für die Verbreitung des Aids-Virus eintreten". Man staunt einander an. Habe ich richtig gehört? Der Neue Linke ist zufrieden, und wiederholt den Satz. Ich habe richtig gehört.

Der Neue Linke war noch nie in Kuba, verspricht jedoch, seinen Bericht hauptsächlich auf Material von Prof. Frösner ("veröffentlicht in der angesehenen Zeitschrift Aids-Forschung aus München") zu stützen.

Hier wird offenbar Material präsentiert, von welchem der Vortragende keine Ahnung hat. Er jongliert mit Zahlen — wenn sie aus Kuba kommen sind sie gut, ansonsten "nicht aussagefähig". Er spricht von "Aids-Opfern". Was er damit meint, bleibt sein Geheimnis.

Er berichtet über Kuba, die Zwangstests, Risikogruppen (d.h. alle jene, die mit Ausländern in Kontakt waren). "Die Angestellten der staatlichen Touristikorganisation werden alle drei Monate getestet." Die Zwangsinternierung Infizierter. "Infizierte werden davon überzeugt(!). Eine Familie bekommt eine Dreizimmerwohnung mit Air-condition und Fernseher. Praktisch(!) alle Infizierten sehen die Notwendigkeit ein und sind mehr oder weniger(!) damit einverstanden. Die kubanische Bevölkerung steht voll(!) hinter diesen Maßnahmen."

Opposition zu diesen Maßnahmen gibt es einfach nicht. Sogar die "kritische kubanische Zeitschrift" Cuba Libre hat sie befürwortet.

Er freut sich: "In Kuba gibt es sexuelle Freiheit. Es wird keine Verhaltensänderung aufgezwungen." Er belegt das mit der "guten" Nachricht, daß in Kuba die "Geschlechtskrankheitsinfektionen gestiegen" sind ("paradox, aber wahr").

Er bedauert, daß im europäischen Ostblock mittlerweile viele gute Gelegenheiten — wahrscheinlich für immer — "ausgefallen" sind. In der DDR gab es letztes Jahr nur wenige Infektionen. Dieses Jahr werden es viel mehr sein. Ein Prophet.

Über Schweden und Finnland ärgert er sich nicht zu sehr. Dort geht es noch, gibt es wenigstens eine namentliche Meldepflicht. Das gefällt ihm. Dank dieser Meldepflicht gibt es in Schweden nur "zweitausend" Infizierte. Er

meint, er habe diese Ziffer "wahrscheinlich von der WHO, mhmm, ja, vom schwedischen Gesundheitsministerium!". Er kapiert ja gar nicht, daß Leute in Schweden sich gerade wegen dieser Meldepflicht weniger bereitwillig testen lassen.

Über die BRD ("hunderttausend Infizierte") und Österreich ("zehntausend Infizierte") ist er ganz sauer. Er hat aber auch schon einen Plan: "Klassische Maßnahmen der Seuchenbekämpfung". Fast liberal, informiert er, daß er nicht für die Internierung Infizierter in Österreich ist, und "die bereits Erkrankten stellen ja keine Gefahr dar". Sein Plan sieht "ganz einfach" Zwangsreihentests der gesamten Bevölkerung und die Tätowierung Infizierter vor. Auch nicht so, daß es ein jeder sieht, sondern "an einer sozial unauffälligen Körperstelle".

Zwischenrufe hat der Neue Linke gar nicht gern. Wenn endlich alles wieder ruhig ist, kostet er gerne einige Augenblicke die absolute Stille aus. Vielleicht ist er ein Lehrer. Dann: "Ich darf jetzt fortsetzen."

Er ist stolz auf sein Schlußwort und wiederholt es einige Male: "AIDS ist ein gesellschaftliches Problem und benötigt eine gesellschaftliche Lösung." Hat er je von der Medizin gehört?

Die Berichtsphase ist beendet. Ein gutes Drittel des noch anwesenden Publikums kichert. Ich kichere mit, kann einfach nicht glauben, was ich gehört habe.

Jetzt sind wir im Diskussionsteil.

Wer war der Vortragende, was ist er? Ist er vielleicht der Eigentümer der Initiative? Wem soll ich meine neue Zitatenammlung — mag sie auch noch so blödsinnig sein — zuschreiben? Entschuldigung versichere ich ihm, daß er wahrscheinlich sehr bekannt sei, nur ich kenne ihn nicht. Er stellt sich vor: Dr. Siegfried Hetzcker, "eigentlich bin ich Jurist".

Travestie. Der Mann geht auf keine Argumente ein. ("Sie haben unrecht, und das ist das Schöne.")

Gerne beginnt der Jurist seine Ergüsse mit "Es ist eine erwiesene Tatsache.", "Es ist doch bekannt..", "Jeder vernünftig denkende Mensch weiß..".

Eine junge Frau, offensichtlich aus seinem Lager, "will, daß dieser Staat, dem ich so viele Steuern bezahle, endlich etwas für mich tut." Sie will eine angstfreie Sexualität ("wofür wir gekämpft haben") leben können. Mit Aids will sie nichts zu tun haben müssen. Und sie verrät: "Die Erkrankten sterben ja von selbst". Eine so entlarvende Aussage provoziert Klatschen. Meint der Herr Doktor: "Alle, die jetzt geklatscht haben, freuen sich darüber, daß sie sterben."

Der Saal wird immer leerer. Man hält es nicht mehr drinnen aus.

Das treffendste Wort, das mir für den Abend einfällt ist: Niveaulosigkeit.

bezahlte Anzeige

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER

Das andere Papier.

WIEN

1020
Springerg. 1
Tel. 2166305

WIEN

1070
Schottenfeldg. 53
Tel. 964307

GRAZ

8010
Glacisstr. 23
Tel. 832703

LINZ

4020
Waltherstr. 2
Tel. 283420

Stein – Haus der tausend Tränen

Über die Struktur und Haftbedingungen im Häfn Stein.

Am 13. Jänner verstarb der Direktor der *Strafvollzugsanstalt Stein*, Karl Schreiner. Vollkommen zu Unrecht präsentierte er sich immer als ach so fortschrittlich und freundlich. Der Alltag in Stein beweist das Gegenteil... Dieser Beschreibung von Stein liegt ein Gespräch mit einem in Stein langjährig Inhaftierten zugrunde. Die im Text in Anführungszeichen gefaßten Worte sind Zitate von Martin (Name vom Verfasser/ von der Verfasserin geändert). Der Häfnalltag in Stein ist ein anderer, als der, der in den bürgerlichen Medien präsentiert wird. Denn z.B. werden den JournalistInnen und BesucherInnen Vorführrzellen gezeigt, in denen Teppich, Aquarium und Kocher existieren. Doch die Realität sieht anders aus.

(TATblatt-Wien)

In Stein sind ausschließlich Männer inhaftiert, die meist zu langjährigen Haftstrafen verurteilt sind. Das Mindeststrafmaß muß über ein Jahr betragen, um überhaupt nach Stein zu kommen. Derzeit befinden sich ca. 650 Gefangene im dortigen Häfn.

In Stein gibt es den sogenannten "Normalvollzug" und den Sicherheitsvollzug. "Normalvollzug" bedeutet, daß mann (da es nur männliche Gefangene gibt) mit zwei bis vierzehn Gefangenen eine Zelle teilt, daß mann seinen Fähigkeiten und seiner Ausbildung nach entsprechend arbeiten muß, und daß mann Besuch empfangen und um sein erarbeitetes Geld Kaffee, Obst, Zigaretten/ Tabak, etc. kaufen darf (=Auspeisung). Der Sicherheitsvollzug hingegen ist schon einmal in einem eigenen Teil von Stein (West-E), und außerdem in drei Stufen unterteilt, wobei die Gefangenen in allen drei Stufen meist (nicht immer) alleine in einer Zelle inhaftiert sind. Die erste Stufe ist der Sicherheitsstraktvollzug. Die zweite Stufe ist der SZ-Vollzug (SicherheitsZellenarbeitsvollzug). In dieser zweiten Stufe muß der Gefangene in der Zelle Arbeit verrichten, die meist monoton ist und oft die Gesundheit angreift (z.B. Korbflechten, vermindert bei längerem Arbeiten die Sehkraft). Die dritte Stufe ist SF (SicherheitsFlucht). In dieser Stufe ist mann ohne Beschäftigung und fast den ganzen Tag lang alleine in der Zelle. Außer beim Hofgang (viertel Kreis Abstand zwischen den Häftlingen) und bei Besuchen (viertel Stunde pro Stufe) kommt der Häftling nie aus der Zelle raus. In der Zelle ist zusätzlich zur Metalltüre noch eine Gittertüre angebracht, und die vom Häfn ausgesuchten Bücher sind meist Kinderbücher. Die Möglichkeit der Auspeisung ist vorhanden, aber der Häftling hat nur die Unbeschäftigtenbezahlung. (Derzeit ca. ÖS 89 im Monat.) Das Essen wird einem nicht wie sonst üblich von Mitgefangenen sondern von den Wachebeamten durch eine Klappe gereicht. Diese praktizierte Vollzugsform kann mensch als Isolationsfolter (obwohl offiziell Isolationsfolter in Österreich nicht existiert) bezeichnen, da der Gefangene fast keine Möglichkeit zur Kommunikation hat, und deshalb meist an dieser Situation zugrunde geht, sprich Selbstmord begeht oder psychisch krank

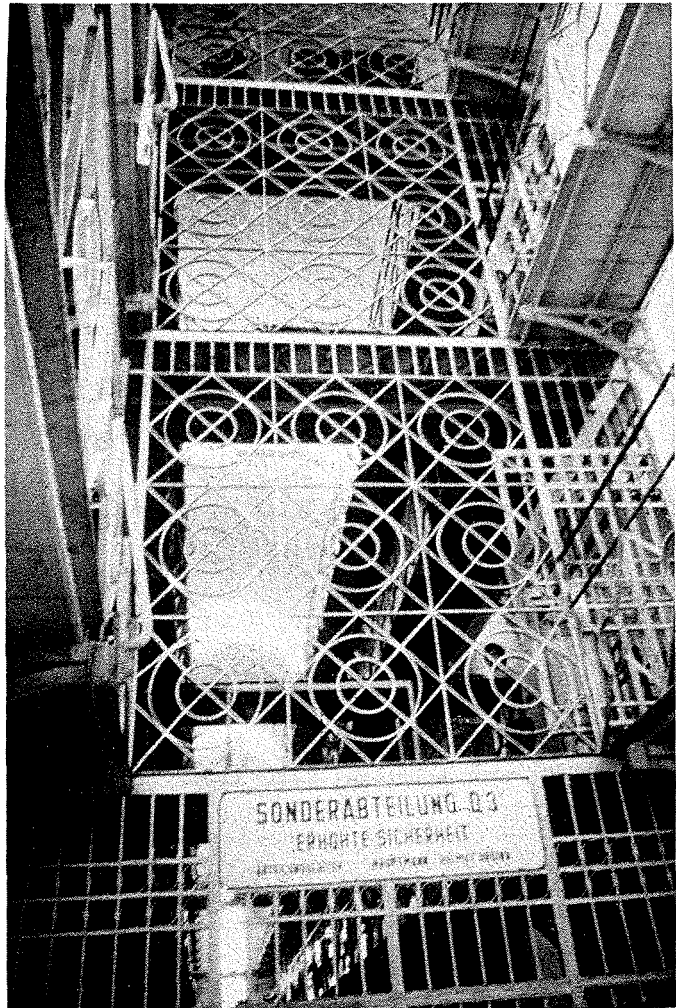
wird. Und da sogar die Häfnleitung erkannte, daß die Häftlinge zu hohe Haftschäden aufweisen, wurde ein Freizeitraum für die SF- Häftlinge eingerichtet. In diesem Raum können die Gefangenen zu viert entweder lesen, Radio hören oder Karten spielen. Doch wann der Gefangene dieses großartige Freizeitangebot nutzen kann, weiß er nicht.

Im ganzem Sicherheitsvollzug zugstrakt befinden sich ca. 160 Personen. Die Anzahl der Gefangenen auf SF variierte in den letzten Jahren zwischen zwei und zehn.

Ein weiteres ausgeklügeltes System, dem jeder Gefangene ausgesetzt ist, ist der Stufenvollzug. Hierbei wird die Haftzeit aufgedrittelt und in eine Unter-, Mittel- und Oberstufe eingeteilt. In der Unterstufe hat der Gefangene einen Auspeister min/ Monat und Recht auf Besuch alle 4 Wochen, in der Mittelstufe Auspeistermin alle 14 Tage und alle 3 Wochen Recht auf Besuch und in der Oberstufe wöchentliche Auspeisung und alle 14 Tage Recht auf Besuch. Die Grundüberlegung des Stufenvollzugs ist, daß sich der Gefange-

ne raufdienen soll, jeder Häftling fängt ganz unten an, und im Laufe der abgesessenen Jahre werden die Rechte ausgeweitet. Außerdem gibt es die Lernerlaubnis (Berechtigung sich Wissen anzueignen, Matura zu machen) für die Gefangenen erst ab der Mittelstufe.

Der Letztvollzug (Vorbereitung auf die Haftentlassung) in Stein beschränkt



sich auf eine Lockerung der Haftbedingungen während der letzten sechs Monate. Der Gefangene teilt sich mit 14 anderen Gefangenen eine Zelle, weiters steht ein Fernseher, ein Kocher und warmes Wasser zur Verfügung, und es gibt etwas Raum um sich die Füße zu vertreten. Es gibt wö-

chentliche Ausspeisung und das Recht auf wöchentlichen Besuch

ÜBERLEBEN IM HÄFN

Der Wille zum Weiterleben und zur Bewahrung der eigenen Identität ist einerseits durch einen starken Haß gegen das Häfnsystem gekennzeichnet ("die gewinnen net"), andererseits durch die Beschäftigung, die interessiert. Wenn man sich Arbeiten widmet, die einen fordern und einem gewisse Erfolgserlebnisse verschaffen, hat man einen Anhaltspunkt, eine Hoffnung durch die man lebt/ überlebt ("Der Kampf hat mich dazu gebracht, geistig rege zu bleiben")

Außerdem können auch Gruppen, die von Vertrauen und Verlässlichkeit geprägt sind, eine große Stütze im Häfn sein, da die Möglichkeit besteht ohne Angst mit Mitgefangenen zu kommunizieren. Auch kann man durch die Gruppe an Waren/ Lebensmitteln kommen, die sonst schwer oder in nicht so großem Umfang erworben werden können. Doch diese Art von Gruppensolidarität ist in Stein sehr selten, und die Gruppen sind aus Angst vor neuen, unbekanntem Gefangenen, die vieles ausplaudern könnten, nach außen hin sehr abgeschottet. Und eben dieser durchaus auch verständliche Selbstschutz macht es noch nicht lange Inhaftierten schwer, Kontakte zu anderen Gefangenen zu knüpfen.

Diese teilweise vorhandene Solidarität ist auch der größte Feind des Häfnsystems, da die Gefangenen so Stärke entwickeln können, und nicht mehr so leicht zu beherrschen sind. Die befriedete Situation, wo Gefangene (durch Medikamente ruhiggestellt) still und vereinzelt ihr Dasein fristen, wird sowohl von den Wachebeamten als auch vom ganzem System gewünscht und versucht herbeigeführt zu werden.

Die harte Realität des Häfns wird auch daran sichtbar, daß sensible, charakter schwache Menschen, oder einfach Leute die Gefühle zeigen, meist an dieser Situa-

tion zerbrechen, sprich sie finden keine Anerkennung und bleiben isoliert. Also (nach außen hin) charakterstarke Gefangenen überleben besser ("Du kannst dir alles leisten nur nicht Gefühle.", "Nie zeigen, daß du verzweifelt bist.").

ARBEIT IM HÄFN

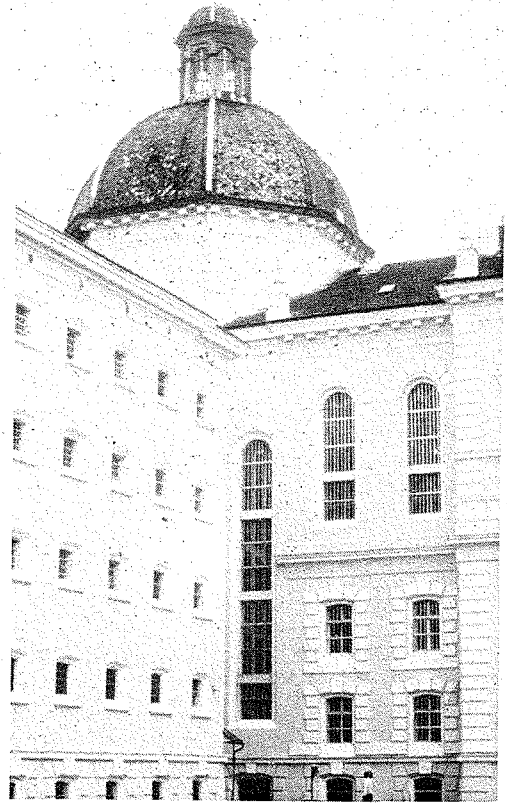
Jeder Gefangene ist, sofern genügend Arbeit vorhanden ist, verpflichtet zu arbeiten. Bei Arbeitsverweigerung kommt man für drei Wochen in im Keller gelegene Zellen, in denen man alleine inhaftiert ist. In diesen Zellen herrscht Rauchverbot, und das "Mobilier" besteht aus einem Holztisch und einem Sessel. Zum Schlafen bekommt man eine Holzpritsche und eine Matratze rein, die einem am Morgen wieder entzogen werden. In den ersten drei Tagen gibt es auch keinen Hofspaziergang. Und gerade durch diesen Arbeitszwang kann Stein Gewinn abwerfen (ca. 3,5 Millionen ÖS jährlich an Justizministerium, z.B. MTU¹ zahlt pro Monat ÖS 487.000 an das Justizministerium, jährlich ca. ÖS 5,8 Millionen). Denn die Firmen, die im Häfn arbeiten lassen, zahlen Stein den üblichen Lohn, doch die Gefangenen bekommen nur einen Bruchteil davon als Verdienst (z.B. zahlt MTU 85 ÖS pro Arbeitsstunde, doch nur 4,5 ÖS bekommt der Gefangene als Lohn ausbezahlt). Außer MTU (Konstruktion von Flugzeugturbinen, Nato-Feldprüfstände in Stein) lassen auch Firmen wie Bene (Büromaterial) oder Petersen (Gartenmöbel) in Stein arbeiten.

"PSYCHISCHE BETREUUNG"

Die "psychische Betreuung" beschränkt sich auf zwei Stunden in der Woche. In diesen zwei Stunden versuchen

meist etwa 80 Personen für kurze Zeit beim einzigen Psychologen (Dr. Schult-hess) Hilfe zu finden.

¹ MTU=Motoren- und Turbinen-Union, 100prozentige Konzerntochter der Daimler-Benz AG. Beschäftigte 1986: 16.900, Konzernumsatz 1986: 2,7 Milliarden Mark. MTU erzeugt z.B. Stahltriebwerke und Wellenleistungstriebwerke für



die zivile und militärische Luftfahrt, Dieselmotoren für Schifffahrt, Lokomotiven, Energieversorgung, Panzer, U-Boote, schwere Baustellenfahrzeuge, elektronische Steuersysteme. MTU beliefert z.B. auch gemeinsam mit Daimler-Benz die Polizei und das Militär in Südafrika.

Betrifft: TATblatt

Alles verändert sich. Auch das TATblatt: In letzter Zeit hat die fehlende Kollektivität und die zermürbende Stimmung im sogenannten TATblatt-Kollektiv wiederholt zu schweren Krisen geführt. Einzelne TATblätlerInnen haben für sich individuell Konsequenzen gezogen. Einige sind einfach nicht mehr gekommen, andere haben diesen Schritt angekündigt,... Die Folge war, daß in den Plena (endlich) über unsere Situation als Kollektiv, unser Verhältnis zueinander und unsere Arbeitsstruktur geredet wurde.

Zur Arbeitssituation: Bestimmte Personen waren untrennbar mit bestimmten Arbeitsgebieten verbunden. Die eine Person war für die Verwaltung zuständig, die Andere für die Produktion, die Dritte

für den Überblick darüber usw. Andere Leute hatten in diese Tätigkeiten nur wenig Einblick, was ihre Rolle in der TATblatt-Maschinerie auf die bloße Arbeitskraft reduzierte.

Diese Mißstände wollen wir nun mit aller Kraft und jetzt gleich und vor allem kollektiv abschaffen, was freilich nicht so einfach ist, weil da eine ziemlich intensive und langfristige Fehlentwicklung dahintersteckt.

Das Layout dieser Nummer — als ein Aspekt von mehreren — wurde zum ersten Mal nicht vom alten LehAut-Team gemacht, sondern von vielen anderen, wodurch nicht nur ein ziemlich umfassender Produktionsteil neuverteilt wurde, sondern auch eingefahrene Entschei-

dungsstrukturen aufgebrochen werden sollen.

Liebe und Kraft!

Einer vom TATblatt-Kollektiv

P.S.: viele böse Grüße auch an die Beamten der Staatspolizei die seit ein paar Tagen regelmäßig unser Büro observieren. In den vergangenen Nachtstunden erreichten uns auch eine Meldung über eine Hausdurchsuchung bei einem linken Aktivist in Wien und ein Gerücht über mehrere Hausdurchsuchungen in Linz. Was da los ist und was da genauer dahintersteckt, wissen wir noch nicht! Wir hoffen, im nächsten TATblatt darüber berichten zu können. ●

Briefe, Meinungen, Reaktionen

a) Gratulation zum Artikel "USA in Panama". Der erste auch journalistisch gute Hintergrundbericht im TATblatt. Dazu gleich die Kehrseite: Was soll denn der Artikel "Neonazismus in der DDR"? Das ist doch ein halbes Eingeständnis der Unfähigkeit und mangelnden Information. Die andere Hälfte des Eingeständnisses ist der verworrene "Inhalt" und der schräge Schreibstil. Das hat mit Information, egal über was (auch über "das böse") rein garnichts zu tun.

b) Gerade eine Zeitung, die sich so vehement gegen die Kronzeitung abgrenzt, sollte es ENDLICH einmal schaffen, zwischen objektiver Meldung und subjektiver Meinung zu trennen. Meinung kann sich die Leserschaft des Tatblatts, die großteils aus A- und B-Lesern (Akademiker, Maturaabschluss o.ä.) besteht, selber bilden. Kommentare sind gerade dort, wo es an Information mangelt, wichtig, gehören aber DEKLARIERT. Ich habe selten deklarierte Kommentare oder Analysen gesehen.

c) Eure Stellungnahme zum Thema Terrorismus und RAF:

Auch eine persönliche Ansicht, die z.B. auf der Philosophie von Mahatma Ghandi (Gewaltfreiheit) beruht, ist "inhaltlich" begründet. Nur mit politischen Stellungnahmen, die sich höchstens in ihrer Gesinnung, nie aber in ihrem Stil unterscheiden, "inhaltliche" Stellungnahmen zu akzeptieren; empfinde ich als engstirnig.

Meiner Meinung nach ist sowohl der Einmarsch in Panama als auch die Sprengung von Alfred Herrhausen eine "terroristische Aktion", wenn es mir auch um einen Panamesen mehr leid ist als um letzteren. Eine jede direkte oder versteckte Gewalt zur Erzielung politischer Wirkungen ist, ganz neutral bemerkt, "Terror", da er nicht auf der Verwendung demokratischer Mittel beruht. Wer akzeptiert, diese zu verwenden (ganz wertfrei!), kann sich natürlich auch mit der RAF oder dem Bundeskriminalamt identifizieren. Wer sich "Demokrat" nennt, und mehr als die Ziele der RAF für legitim und "rechts" hält, belügt sich selbst. Die Mittel der RAF sind genauso wenig demokratisch wie die derer, die sie in die Luft sprengen. Das hat — wohl gemerkt — nichts mit den Zielen der RAF, sondern nur mit deren Weg zu tun. Auch die FMLN in El Salvador wird die Macht mit militärischen (= undemokratischen) Mitteln erringen und sich hinterher legitimieren müssen. Ich glaube, daß aber auch das TATblatt akzeptieren kann, daß es Leute gibt, die den "illegalen" (z.B. RAF) genauso wie den "legalen" (z.B. Polizei und StaPo) Terror ablehnen.

Die Begründung, daß die Attentate der RAF "im direkten Zusammenhang mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen" stehen, legitimiert noch nicht ihren Weg. Andere Legitimationen können natürlich gesucht werden, sind aber nicht für jeden einsichtig.

Leuten mit solcher Meinung zu unterstellen, sie wollten nur "eine Zeitung gefüllt mit Beiträgen, die mit seiner/ihrer persönlichen Meinung konvenieren, sonst garnichts" (Zitat aus Eurer Stellungnahme), ist weder konstruktiv kritisch, noch solidarisch, obwohl genau das 5 Absätze weiter steht. Als Mensch, der/die imstande ist, sich selbst aufgrund eigener Denkarbeit ein Urteil zu bilden, sollte man/frau in der Lage sein, zwischen dem Weg und dem Ziel zu trennen. Insofern identifiziere ich mich zwar mit dem Ziel, sicher aber nicht mit dem Weg der RAF, vor allem weil ich ihn für politischen

Unsinn halte. Die Durchsetzung eines Großteils der bundesdeutschen antidemokratischen Repressionsgesetze waren aufgrund der Arbeit der Bader-Meinhof-Gruppe erst politisch durchsetzbar.

ATTENTAT AUF HERRHAUSEN

(Leserbrief aus der TAZ)

Nachdem der Weltkommunismus in seine entscheidende Abdankungsphase getreten und damit die größte Hoffnung auf eine heilsbringende Gesellschaftsordnung zerstört ist, stellen sich dem Kapitalismus nurmehr zwei ernsthafte Feinde in den Weg: Die Rote Armee Fraktion (RAF) und der Herzinfarkt (HIF). Beide schlagen schwer berechenbar und scheinbar sinnlos zu, treffen aber jedesmal die militärisch-industriellen Komplexe (MIKS) des Kapitalismus mitten im Zentrum.

Mit dem Ausradieren von Benningsen-Förde und Herrhausen ist den beiden Organisationen jeweils ein Überraschungsschlag gegen zentrale Figuren der Rüstungs- und Atomkraft gelungen. Im Unterschied zum HIF, der sich traditionell einer Begründung seiner Aktionen enthält und es den Dienern des Kapitals (der Ärzteschaft) überläßt, die Funktionsweise der parasitären Bourgeoisie selbst offenzulegen (Verfettung durch Vielfraß, Streß durch Rastlosigkeit bei der Ausbeutung, zuviel Arbeit beim Ziehen der Weltkapitalismusfäden), hat die RAF auch diesmal wieder eine Begründung nachgeschoben. Das ist einerseits erfreulich, denn beim Lesen der Bekennerschreiben zu den Anschlägen auf Beckurts und Braunmühl haben wir Tränen gelacht über soviel in Begrifflichkeiten verpackten Blödsinn. Das reicht schon fast an Heidegger ran, wenn es ihn nicht übertrifft.

Leider fehlt aber expressis verbis den Bekennerschreiben die den Taten des HIF immanente Begründung, daß der Tod des Individuums keine Begründung braucht. Durch diesen Umstand wird die kapitalistisch begründete Tatsache, daß täglich durch deutsche Waffen und deutschen Sprengstoff nicht nur ein Dr.Herrhausen, sondern überall und vor allem woanders getötet wird, verschleiert. Durch eine solche Tötung und ihre absurden Begründungsversuche werden die genannten weiteren Mordtaten deutscher Produktion weder gesühnt noch verhindert noch überhaupt ein Zusammenhang erkennbar.

Durch das begründete und verständliche Entsetzen fast aller Menschen, die eine solche Tat sehen, werden vielmehr die Zusammenhänge in den Hintergrund gerückt. In dieser Hinsicht sollte die RAF also vom HIF lernen: Der vom HIF verübte Mordanschlag auf Benningsen-Förde hat hier und da Trauer ausgelöst, doch für keine Sekunde den Blick derjenigen getrübt, die ihm politisch nicht nahestanden. Statt irgendwelcher dubioser Kommandonamen von Leuten, die sich gegen RAF-Vereinnahmung sowieso nicht mehr zur Wehr setzen können, sollte die RAF in Zukunft am Tat- und Todesort nur folgende vom Herzinfarkt angenäherte Erklärung hinterlassen: Kommando: "Immer daran denken, wie schnell's vorbei sein kann." Dann isst es auch nicht schlimm, wenn auch mal ein Fahrer oder ein Kind oder so hoppsgeht. Das ist mit deutschen Waffen in aller Welt auch so. Und das Leben geht weiter. ●

Betrifft: Eure Antwort "Sympathie mit Terrorismus?"

Ihr schreibt, daß man/frau doch zur Diskussion bereit sein solle, weil die RAF — Leute auch ein Teil der Linken seien.

Also ehrlich: Wo es um Mord als gesellschaftsveränderndes Instrument geht, hört sich bei mir die Diskussion auf.

So hoch und hehr können die dahinterstehenden Motive zur Weltverbesserung gar nicht sein, daß so eine Aktion wie der Anschlag auf Herrhausen gerechtfertigt wäre. Wenn man/frau sich für Menschenrechte einsetzt, müssen die für alle gelten — auch für Leute wie Herrhausen.

Oder muß man/frau da erst drüber diskutieren ob jedeR leben darf? Bin gespannt auf eine weitere Stellungnahme von Euch. Wenn das wirklich Eure Meinung ist, werde ich mein Abo nicht mehr verlängern.

Sonja ●

Termine

2. Feber:

Amerlinghaus (Wien 7, Stiftgasse 8)
19.30 Uhr: **Lesung aus dem AUF-Sonderheft "Man hat ja nichts gewußt" — Frauen im Krieg und im Faschismus.** Dokumente irregleiteter Begeisterung mit Eva Geber, Burgi Hirsch und Evelyne Ernst.

8. Feber:

Amerlinghaus
19 Uhr: **Präsentation des Buches "wichtig-Kunst von Frauen-Frauenkunst"**
Edition "Das fröhliche Wohnzimmer"
mit Lesung von Friederike Mayröcker, Heidi Pataki, Ilse Kilic und Christine Huber.

PROZESSTERMINE:

Prozeß gegen einen Angeklagten der Sozialabbaudemo vom 15. 9. 89

Anklage: J.S. habe "das Vergehen des versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt nach den §§ 15, 269, Abs 1 StGB begangen und wird hierfür nach dem ersten Strafsatz des § 269 Abs 1 StGB zu bestrafen sein."
Prozeß am **Mittwoch 31.1.1990**, 9.45 Uhr, Wien 8, Frankhplatz 1, 3. Stock, Saal 3036
Wenn ihr am 15. September 89 dabei ward und etwas gesehen habt, stellt euch bitte als ZeugnInnen zur Verfügung. Wendet euch bitte ans TATblatt.

Spenden für die Prozeß- und Anwaltskosten:
PSK 8820622
Kennwort 15.9.

Prozeß gegen Fischeing-Aktivisten:

31.1.: Judenburg Prozesse wegen **Besitzstörung**. Und zwar:

8.15 Uhr: ÖH-BOKU

9.15 Uhr: Peter H., Peter (II), Jürgen und Bettina

Klagenshöhe jeweils ÖS 6.000 + 8.000.-.

Am 21.2. findet in Leoben die Verhandlung wegen Bedrohung eines Besetzers mit einer Motorsäge statt.

(siehe Fischeing Artikel)

Das TATblatt

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten. Es versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schick uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen – um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten – werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

Obwohl einst als »Zweitageszeitung« kopiert, erscheint das TATblatt derzeit alle 14 Tage. Wir wollen uns aber stetig in Richtung unseres Zieles – eine möglichst oft erscheinende, offene, selbständige Zeitung für alle politisch Bewegten und Interessierten – weiterentwickeln. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklungsphase stehendes Projekt erachten, nennen wir die derzeit erscheinenden Ausgaben »Minus-Nummern«, quasi als Vorstufe zur Nullnummer. Solidarische Einmischung in die Entwicklung, und die Beteiligung daran, ist immer willkommen.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:

TATblatt-Wien:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543

TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Café:

jeden Montag um 16 Uhr

die ideale Möglichkeit, in ungezwungenem Gespräche das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

TATblatt-Graz:

8010, Kastelfeldg 34/16

Treffen jeden ersten Donnerstag nach Erscheinen, 19 Uhr (nächstes Treffen: 1.2.)

TATblatt-Linz:

Treffen: jeden 1. Mittwoch im Monat um 17 Uhr im Andreas Hofer Stüberl, Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz

An:

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM: Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

UNABHÄNGIGE INITIATIVE INFORMATIONSVIELFALT; 1060 Wien; Gumpendorferstr 157/11;
Telefon: (0222) 57 49 543; Bankverbindung/Konto: P.S.K 7547 212; DVR Nr: 0558371;
Druck: Eigendruck

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Das TATblatt im Abo

Preise: **Abo** für 10 Ausgaben: S 96. –; **Abo** für 20 Ausgaben: S 190. – (innerhalb Österreichs) Bei **Förderabos** kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96. – bzw S 190. –)

Ein »**Auslandsabo**« kostet S 150. – für zehn Ausgaben.

Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo beginnt mit dem Zeitpunkt, zu welchem das Geld bei uns angelangt ist, zu laufen und endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

Mitgliedschaft in der U.I.I.

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1. – pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. – Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschiedt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns einfach eine Postkarte!

Einzelverkaufsstellen

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R. A. Keream (1, Kärntner torpassage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stiegengasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kollingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

diverse Läden:

- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Makrokosmos (8, Stroziggasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Beisln:

- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)

- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schotteng 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen-Interessensgemeinschaft (10, Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)

Graz:

- Dradiwaberl-Antiqu. (Zinzendorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn.Fachbh. Spectrum (Schörgelg 9)

Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

anderswo:

- **Schwertberg:** Kulturverein Kanal (Schwertberg, Joseftal 21)
- **Waidhofen an der Thaya:** Buchhandlung Buschek (Bahnhofstr 28)

Das nächste TATblatt erscheint am 13. Februar 1990
Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 6. Feber.